

Entwurf

Vertrag über die Einrichtung und den Betrieb eines IDBT-Gesamtsystems

Zwischen

Regensburger Verkehrsverbund GmbH

Donaustauer Straße 115

93059 Regensburg

- nachfolgend "Auftraggeber" genannt –

und

...

- nachfolgend "Auftragnehmer" genannt –

gemeinsam bezeichnet als "die Vertragsparteien"

Präambel

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Gegenstand des Vertrags

§ 2 Vertragsgrundlagen

§ 3 Inkrafttreten, Leistungszeitraum

§ 4 Pflichten des Auftragnehmers

§ 5 Prüfpflicht des Auftragnehmers, Rechtsfolgen bei Unklarheiten

§ 6 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

§ 7 Kooperationspflicht

§ 8 Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben, Normen und Standards

§ 9 Nachweispflichten

§ 10 Weitergabe der Leistung an Dritte / Gründung einer Projektgesellschaft

§ 11 Schulungen

§ 12 Leistungsänderungen

§ 13 Vertrags- und Projektsprache

§ 14 Fortsetzung der Arbeiten im Streitfall

§ 15 Versicherung

§ 16 Haftung

§ 17 Mängel

§ 18 Vertragsstrafen

§ 19 Rechteeinräumung

§ 20 Rechte Dritter

2. Abschnitt : Vergütung und Kalkulation

§ 21 Vergütung

§ 22 Kalkulationsgrundlage

3. Abschnitt : Einrichtung

§ 23 Regelungsgegenstand, Verhältnis zum übrigen Vertrag

§ 24 Anwendbarkeit des Werkvertragsrechtes

§ 25 Berichtspflichten, drohende Verzögerung

§ 26 Anleitung/Dokumentation

§ 27 Zeitplan

§ 28 Abnahme

4. Abschnitt : Betrieb

§ 29 Regelungsgegenstand, Verhältnis zum übrigen Vertrag

§ 30 Anwendbarkeit des Mietvertragsrechtes

§ 31 Pflichten des Auftragnehmers

§ 32 Pflege-, Wartungs- und Weiterentwicklungsarbeiten

§ 33 Änderungen durch den Auftragnehmer

§ 34 Mängel während der Betriebsphase

§ 35 Störungen, Störungsbeseitigung, verzögerte Behebung

§ 36 Systemverfügbarkeit, Vertragsstrafe bei mangelhafter Systemverfügbarkeit

§ 37 Berichtspflichten

5. Abschnitt : Lieferung

§ 38 Regelungsgegenstand, Verhältnis zum übrigen Vertrag

§ 39 Anwendbarkeit des Kaufvertragsrechtes

§ 40 Pflichten des Auftragnehmers

§ 41 Lieferfrist

§ 42 Gewährleistung, Ersatzteile, Wartung

6. Abschnitt : Beendigung des Vertrags

§ 43 Vorzeitige Beendigung des Vertrages, Kündigung aus wichtigem Grund, Rücktritt

§ 44 Pflichten bei und nach Beendigung des Vertrags

7. Abschnitt : Schlussbestimmungen

§ 45 Leistungsbestimmungsrecht des Auftraggebers

§ 46 Zurückbehaltungsrechte

§ 47 Vertrauliche Informationen

§ 48 Höhere Gewalt

§ 49 Salvatorische Klausel, Schriftformerfordernis, AGB des Auftragnehmers, Gerichtsstand

§ 50 Änderungen an den gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen, Haftung der Rechtsnachfolger

§ 51 Abtretung von Rechten, Eintritt in Pflichten durch Dritte

§ 1 Gegenstand des Vertrags

Der nachstehende Vertrag regelt die Einrichtung und den Betrieb eines IDBT-Gesamtsystems inklusive aller im Lastenheft und den sonstigen Vergabeunterlagen genannten Komponenten (insb. Hintergrundsystem, Software der Validatoren, Anbindung des Transit-PSP), sowie die Lieferung von Validatoren und Closed Loop EMV-Karten durch den Auftragnehmer nach Maßgabe der Vergabeunterlagen.

§ 2 Vertragsgrundlagen

- (1) Die Rechte und Pflichten der Parteien werden durch diesen Vertrag sowie dessen Anlagen, die Bestandteile dieses Vertrages werden, bestimmt. Bei Widersprüchen im Vertrag gelten in der nachfolgenden Reihenfolge:

1. dieser Vertrag,
 2. das Lastenheft (soweit im Lastenheft gegenüber diesem Vertrag weitergehende Leistungspflichten formuliert sind, sind beide zu erfüllen),
 3. die übrigen Vergabeunterlagen,
 4. die erteilten Bewerberinformationen,
 5. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils aktuellen Fassung;
 6. das Angebot des Auftragnehmers, inklusive aller mit der Angebotsabgabe einzureichender Unterlagen, insbesondere der gemäß Lastenheft einzureichenden Konzepte und der getätigten Zusicherungen hinsichtlich der Soll-Kriterien.
- (2) Die im Glossar des Lastenheftes festgelegten Begriffsbestimmung sind auch für diesen Vertrag verbindlich.

§ 3 Inkrafttreten, Leistungszeitraum

- (1) Dieser Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft. Die Vorgaben des Zeitplans sind einzuhalten.
- (2) Der Vertrag hat eine Laufzeit von 10 Jahren ab Abnahme des IDBT-Gesamtsystems und Beginn des Betriebs. Der Auftraggeber hat bis zu zwei einseitige Optionen zur Verlängerung der Laufzeit um bis zu 12 Monate. Die Option muss jeweils in Textform mindestens drei Monate vor Ende der Vertragslaufzeit vom Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer erklärt werden.

§ 4 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer ist zur Einrichtung und zum Betrieb des IDBT-Gesamtsystems nach Maßgabe dieses Vertrags und der sonstigen Vergabeunterlagen (insb. der in § 2 Abs. (1) genannten Dokumente) verpflichtet. Er muss dafür sorgen, dass das IDBT-Gesamtsystem einschließlich seiner Komponenten ein vollständiges, in sich geschlossenes System bildet, welches als Ganzes uneingeschränkt funktionsfähig ist. Alle in diesem Vertrag und den übrigen Vergabeunterlagen nicht im Einzelnen spezifizierten Komponenten der Lieferung/Leistung, die aber zur Funktion und zum langfristigen Erhalt des IDBT-Gesamtsystems als Ganzes notwendig sind, werden vom vereinbarten Lieferungs- und Leistungsumfang miterfasst.
- (2) Der Auftragnehmer ist insbesondere verpflichtet,

1. die im Lastenheft sowie den übrigen Vergabeunterlagen beschriebene integrale Gesamtleistung zu erbringen und die Funktionsfähigkeit und den reibungslosen Betrieb ungeachtet etwaiger technischer Schnittstellen innerhalb des IDBT-Gesamtsystems aufrecht zu erhalten;
 2. das IDBT-Gesamtsystem nach den Vorgaben dieses Vertrages, des Lastenheftes und der übrigen Vergabeunterlagen einzurichten;
 3. das IDBT-Gesamtsystem nach den Vorgaben dieses Vertrages, des Lastenheftes und der übrigen Vergabeunterlagen zu betreiben, zu pflegen und weiterzuentwickeln;
 4. die nach Vorgaben dieses Vertrages, des Lastenheftes und der übrigen Vergabeunterlagen dem Auftraggeber zu liefernden Gegenstände zu übergeben und dem Auftraggeber das Eigentum an diesen Gegenständen frei von Sach- und Rechtsmängeln zu verschaffen;
 5. die nach Vorgaben dieses Vertrages, des Lastenheftes und der übrigen Vergabeunterlagen dem Auftraggeber zu liefernden Gegenstände zu warten und instand zu halten.
- (3) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die von ihm zu erbringenden Leistungen und zu liefernden Gegenstände alle in den Vergabeunterlagen aufgestellten funktionalen und nicht-funktionalen Anforderungen erfüllen. Zum Leistungsumfang des Auftragnehmers gehören auch solche Leistungen, die in den Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich beschrieben sind, die aber den beschriebenen Leistungen immanent sind, zur ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendig sind oder von dem Auftraggeber bei verständiger Würdigung und unter Berücksichtigung des in diesem Vertrag beschriebenen Nutzungszwecks, insbesondere als gesamtheitlich funktionierendes System, erwartet werden durften.
- (4) Der Auftragnehmer hält bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die deutschen und Europäischen Regeln des Datenschutzes ein. Er stellt sicher, dass Personen, die für ihn arbeiten, diese Regelungen ebenfalls einhalten. Der Auftragnehmer schließt hierzu einen Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Anlage „Auftragsverarbeitungsvertrag“ mit dem Auftraggeber und ggf. auf Weisung des Auftraggebers mit Dritten, die gemeinsam mit dem Auftraggeber für die Verarbeitung personenbezogener Daten verantwortlich sind. Die Anlage ist unverändert zu übernehmen; lediglich ihre Anlagen sind zu konkretisieren.

§ 5 Prüfpflicht des Auftragnehmers, Rechtsfolgen bei Unklarheiten

- (1) Der Auftragnehmer muss die Vorgaben dieses Vertrages sowie der übrigen Vergabeunterlagen dahingehend prüfen, dass sie den Vertragszielen und dem Stand der Technik entsprechen, keine Fehler, Widersprüche oder

Unzulänglichkeiten aufweisen und dass die Betriebszuverlässigkeit oder -sicherheit bei einer den Vorgaben entsprechenden Ausführung gewährleistet ist. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle ihm zur Verfügung gestellten Informationen zu prüfen und auf Unstimmigkeiten, Abweichungen oder Fehler hinzuweisen bzw. alle von ihm als notwendig erachteten Klärungen hieran herbeizuführen. Der Auftragnehmer ist weiter verpflichtet, den Auftraggeber darauf hinzuweisen, wenn Leistungen, die für die Vertragserbringung zwingend notwendig und/oder üblich sind, in den Vergabeunterlagen nicht oder ungenügend beschrieben sind.

- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Prüfung nach Abs. (1) bei jeder Änderung der Vergabeunterlagen erneut durchzuführen. Er ist zudem verpflichtet, auch nachträglich eintretende Zweifel an der Übereinstimmung der Unterlagen mit den in Abs. (1) genannten Vorgaben dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
- (3) Der Auftragnehmer bestätigt, dass er im Rahmen der Angebotsphase Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen und er alle bestehenden Unsicherheiten und Unklarheiten, die seine Leistungspflicht aus diesem Vertrag nebst Anhängen betreffen, ausgeräumt hat.

§ 6 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Auftragnehmer bei der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistungen im Rahmen in den Vergabeunterlagen beschriebenen Rahmen zu unterstützen.
- (2) Sollte der Auftraggeber eine erforderliche Mitwirkungsleistung nicht rechtzeitig erbringen, wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich per E-Mail zur Erbringung der Mitwirkung auffordern. Ist für die Mitwirkungsleistung eine vertraglich vereinbarte Frist nach dem Kalender bestimmt oder bestimmbar, tritt Verzug unabhängig von einer Aufforderung des Auftragnehmers bei Versäumen der Frist ein.
- (3) Bei fehlenden oder verzögerten Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers verlängern sich die Ausführungs- und Leistungsfristen für den Auftragnehmer entsprechend dem Zeitraum, den der Auftraggeber mit seiner Mitwirkung in Verzug ist. Entscheidend für den Verzug ist allein, dass der Auftraggeber seine Mitwirkungsleistung nicht zu dem vereinbarten Termin erbringt. Der Auftragnehmer ist zur Schadensminderung verpflichtet und hat auf eigene Kosten notwendige vorläufige Maßnahmen zu veranlassen, es sei denn, sie sind dem Auftragnehmer unzumutbar. Der Auftragnehmer darf eine weitergehende Verlängerung der Ausführungs- und Leistungsfristen fordern, wenn und soweit er nachweist, dass diese für die Fortsetzung der Leistung unvermeidbar ist.
- (4) Erbringt der Auftraggeber schuldhaft seine Mitwirkungsleistung nicht, so hat der Auftragnehmer einen Anspruch auf Ausgleich für die entstandenen, nicht

vermeidbaren und nachgewiesenen Schäden. Ein Mitverschulden des Auftragnehmers ist bei der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen zu berücksichtigen. Der Anspruch ist ausgeschlossen, wenn und soweit es der Auftraggeber unterlässt, unverzüglich bei Absehbarkeit einer Verzögerung durch eine unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers auf die Folgen hinzuweisen und die erforderliche Mitwirkung per E-Mail einzufordern.

§ 7 Kooperationspflicht

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, organisatorisch, terminlich, wirtschaftlich und hinsichtlich der Qualität der zu erbringenden Leistungen eng mit dem Auftraggeber und mit von diesem bestimmten Dritten zusammenzuarbeiten, sich abzustimmen und wechselseitig zu informieren, sofern es zur Erfüllung des Vertrags erforderlich ist, es sei denn, dies ist dem Auftragnehmer nicht zumutbar. Die Aufwände, die sich aus diesen Kooperationspflichten ergeben, insbesondere Abstimmungen, Verhandlungen, Besprechungen o. ä. mit dem Auftraggeber, können grundsätzlich nicht gesondert in Rechnung gestellt werden.
- (2) Sofern der Auftragnehmer von dem Auftraggeber zur vertragsgerechten Erfüllung Informationen benötigt, insbesondere die Beschreibung der Arbeit, die erforderlichen Mengen, Qualitäten, Zeitpläne etc., muss er diese unverzüglich erfragen.
- (3) Für die digitale schriftliche Kommunikation sind ausschließlich revisionssichere Kommunikationsmittel (insb. E-Mail) zu verwenden. Kommunikationsmittel, die eine nachträgliche Änderung von Äußerungen erlauben, z. B. spezielle Forensoftware o. ä., darf nicht genutzt werden. Der Auftraggeber bestimmt die entsprechenden Kommunikationsmittel.

§ 8 Einhaltung von gesetzlichen Vorgaben, Normen und Standards

- (1) Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen gemäß den einschlägigen Normen, Standards und rechtlichen Vorgaben („Normen“) in der jeweils aktuellen und verbindlichen Fassung. Als einschlägig im Sinne von Satz 1 gelten solche Normen, zu deren Einhaltung der Auftragnehmer bei der Erbringung der vertragsgegenständlichen Leistung gesetzlich oder vertraglich verpflichtet ist. Innerhalb von fünf Jahren ab Vertragsschluss ist der Auftragnehmer nicht zur Berechnung einer zusätzlichen Vergütung im Falle von geänderten oder erweiterten Leistungen aufgrund von Änderungen der Normen berechtigt. Anschließend ist er weiterhin verpflichtet, entsprechende Änderungen vorzunehmen oder erweiterte Leistungen zu erbringen, kann aber die nachgewiesenen Mehrkosten verlangen, vorausgesetzt, er hat den Auftraggeber zuvor über die entstehenden

Mehrkosten informiert und dieser hat keinen Widerspruch erhoben, § 12 Abs. (4) und (5) gelten entsprechend. Im Übrigen erbringt er seine Leistungen nach dem Stand der Technik zum Zeitpunkt der Leistungserbringung.

- (2) Der Auftragnehmer muss zudem sicherstellen, dass das IDBT-Gesamtsystem vom Auftraggeber und allen Verkehrsunternehmen rechtskonform eingesetzt und gegenüber Verbrauchern angeboten werden kann.

§ 9 Nachweispflichten

- (1) Der Auftragnehmer ist für die ordnungsgemäße Erbringung seiner Leistungen und die Höhe der von dem Auftraggeber geschuldeten Vergütung beweispflichtig.
- (2) Er kommt dieser Beweispflicht regelmäßig durch Übermittlung der in diesem Vertrag, der Leistungsbeschreibung und der jeweiligen Anlagen bestimmten Daten nach. Soweit für eine bestimmte Leistung keine entsprechenden Bestimmungen vorliegen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Nachweis in geeigneter Weise zu führen.
- (3) Der Auftraggeber ist berechtigt, die Ordnungsgemäßheit und Richtigkeit der Nachweise zu überprüfen.

§ 10 Weitergabe der Leistung an Dritte / Gründung einer Projektgesellschaft

- (1) Subunternehmer sind Dritte, auf deren Leistungen der Auftragnehmer für seine Leistungserbringung zurückgreift, sofern es sich nicht um unbedeutende Nebenleistungen, die keinen unmittelbaren Bezug zum hiesigen Leistungsgegenstand haben, handelt. Bloße Lieferanten oder sonstige Zulieferer, z. B. Anbieter von Cloud-Lösungen o. ä., sind keine Subunternehmer in diesem Sinne. Der Einsatz von Subunternehmern entbindet den Auftragnehmer nicht von seinen Leistungs-, Haftungs- und sonstigen Verpflichtungen gegenüber dem Auftraggeber.
- (2) Der Auftragnehmer haftet für jedes Verschulden seiner Erfüllungs- und/oder Verrichtungsgehilfen und insbesondere auch für etwaig eingesetzte Subunternehmer wie für eigenes Verschulden.
- (3) Der Auftragnehmer ist nur bei vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, Subunternehmer einzusetzen oder eingesetzte Subunternehmer auszutauschen. Der Auftraggeber erteilt die Zustimmung, wenn keine begründeten Zweifel daran bestehen, dass der Subunternehmer die jeweiligen Leistungen unter Erfüllung der nach diesem Vertrag maßgeblichen Anforderungen erbringen wird. Für die bei Angebotsabgabe benannten Subunternehmer gilt die Zustimmung nach Satz 1 als erteilt.

- (4) Unbeschadet vorstehendem Absatz (3) ist der Auftraggeber berechtigt, die Zustimmung zum Einsatz von Subunternehmern aus wichtigem Grund schriftlich zu widerrufen. In diesem Fall muss der Auftragnehmer den betroffenen Subunternehmer unverzüglich austauschen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn der Subunternehmer wiederholt trotz Abmahnung des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer gegen die Vorgaben dieses Vertrags verstößt (es sei denn, es handelt sich um nur unwesentliche Vertragspflichten).
- (5) Soweit sich der Auftragnehmer im Rahmen der Abgabe seines Teilnahmeantrags im Hinblick auf die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung auf Kapazitäten Dritter berufen hat, hat er das Personal des Dritten, das über die mit den für diesen vorgelegten Referenzen erlangte Erfahrung verfügt, bei der hiesigen Leistung einzusetzen. Entsprechendes gilt für den Fall, dass der Auftragnehmer die Form einer aus mehreren Mitgliedern bestehenden Bieter-/Arbeitsgemeinschaft aufweist und im Rahmen der Angebotsabgabe nicht für alle Mitglieder Referenzen vorgelegt hat; in diesem Fall hat der Auftragnehmer bei der hiesigen Leistung das Personal der die Referenzen vorlegenden Mitglieder der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft einzusetzen, das über die mit den vorgelegten Referenzen erlangte Erfahrung verfügt.
- (6) Der Auftragnehmer ist nach ausdrücklicher und schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, seine sämtlichen Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf eine Projektgesellschaft zu übertragen. Der Auftraggeber wird seine Zustimmung hierzu erteilen, wenn folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:
 1. Die Projektgesellschaft steht vollständig im Eigentum des mit dem Zuschlag versehenen Unternehmens bzw. – im Falle einer Zuschlagserteilung an eine Bietergemeinschaft – im Eigentum der Gesamtheit der Mitglieder der Bietergemeinschaft.
 2. Die Projektgesellschaft ist fachlich qualifiziert und weist dies durch Vorlage der in der Vergabebekanntmachung zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit aufgeführten Unterlagen nach.
 3. Der Projektgesellschaft stehen die finanziellen Ressourcen des mit dem Zuschlag versehenen Unternehmens zur Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag uneingeschränkt und unwiderruflich zur Verfügung, was durch die Vorlage einer entsprechenden Erklärung des Auftragnehmers nachzuweisen ist.
 4. Wenn und soweit sich das mit dem Zuschlag versehene Unternehmen zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen bzw. seiner technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf Kapazitäten Dritter berufen hat, müssen die nach der Vergabebekanntmachung für diesen Fall erforderlichen Erklärungen und Verpflichtungen des Dritten von diesem auch zu

Gunsten der Projektgesellschaft unwiderruflich für die Dauer des hiesigen Vertrags geschlossen oder abgegeben werden.

5. Das mit dem Zuschlag versehene Unternehmen bzw. – im Falle einer Zuschlagserteilung an eine Bietergemeinschaft – die Mitglieder der Bietergemeinschaft verpflichten sich gegenüber dem Auftraggeber unwiderruflich, neben der Projektgesellschaft für sämtliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag gegenüber dem Auftraggeber unbeschränkt zu haften.
- (7) Wenn und soweit für die Projektgesellschaft fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, kann die Zustimmung des Auftraggebers versagt werden. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB wird die Zustimmung des Auftraggebers versagt.
- (8) Die Übertragung der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf die Projektgesellschaft ist beim Auftraggeber spätestens drei Monate im Voraus zu beantragen. Dieser Antrag muss die o.g. Nachweise, Erklärungen und Vereinbarungen sowie die Angabe der Gesellschafter der Projektgesellschaft enthalten.
- (9) Die Projektgesellschaft muss jede Änderung ihrer Gesellschaftsform, der Geschäftsführung und Gesellschaftsstruktur sowie des Gesellschaftssitzes dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich unter Darlegung des Sachverhalts anzeigen. Nachträgliche Änderungen der Eigentumsverhältnisse an der Projektgesellschaft sind mit ausdrücklicher und schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig, sofern die Voraussetzungen nach Abs. (6) Nr. 1 bis Nr. 3 erfüllt sind.

§ 11 Schulungen

- (1) Der Auftragnehmer muss die Schulungen gemäß Lastenheft durchführen.
- (2) Die Schulungen müssen durchschnittlich versierte Nutzende in die Lage versetzen, das IDBT-Gesamtsystem vertragsgemäß und sicher zu nutzen. Es müssen Schulungen für verschiedene Nutzendengruppen angeboten werden. Nähere Vorgaben enthält das Lastenheft.
- (3) Soweit Schulungen in Präsenz durchzuführen sind, bestimmt der Auftraggeber den Schulungsort im Freistaat Bayern.
- (4) Soweit Schulungen digital stattfinden, ist hierfür eine vom Auftraggeber bestimmte Videokonferenz-Software zu verwenden.
- (5) Der Auftraggeber bestimmt die Schulungstermine nach billigem Ermessen. Er versucht hierbei, Terminwünsche des Auftragnehmers zu berücksichtigen. Soweit Termine mit mindestens zwei Wochen Vorlauf bestimmt werden, hat der Auftragnehmer hierauf keinen Anspruch.

- (6) Der Auftraggeber kann zusätzliche AG-Schulungen verlangen. Dies hat er mindestens vier Wochen vor dem gewünschten Termin in Textform mitzuteilen, wobei sich die Vertragspartner im Einzelfall auch auf kürzere Fristen einigen können. Die zusätzlichen Schulungen finden nach Wahl des Auftraggebers in Präsenz oder digital statt.

§ 12 Leistungsänderungen

- (1) Auf schriftliche Anordnung des Auftraggebers wird der Auftragnehmer Leistungen ausführen, die von den in diesem Vertrag und den übrigen Vergabeunterlagen festgelegten Leistungen abweichen und/oder darüber hinausgehen. Dies gilt für geringere, zusätzliche oder geänderte Leistungen, nachfolgend zusammen als "Leistungsänderungen" bezeichnet. Die Verpflichtung zur Ausführung der Leistungsänderungen besteht nur dann nicht,
1. soweit sie dem Auftragnehmer unzumutbar sind und es sich nicht um zwingende behördliche oder gesetzliche Anforderungen handelt, oder
 2. soweit öffentlich-rechtliche Vorschriften, denen der Auftragnehmer unterworfen ist, der Ausführung entgegenstehen.
- (2) Verlangt der Auftraggeber Leistungsänderungen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese im Hinblick auf die Auswirkungen auf die von ihm zu erbringenden Leistungen, insbesondere die Auswirkungen auf die Leistungsbeschreibung, Zeitpläne und/oder die Kosten sowie etwaige weitere Vor- und Nachteile für diesen Vertrag, innerhalb von sechs Werktagen zu prüfen und dem Auftraggeber das Ergebnis der Prüfung unverzüglich mitzuteilen. Ist ihm die Mitteilung des Ergebnisses innerhalb dieser Frist nicht möglich, hat der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber vor Ablauf der Frist mitzuteilen und den Grund hierfür nachvollziehbar darzulegen. Die Mitteilung muss auch beinhalten, innerhalb welcher Zeit der Auftragnehmer dem Auftraggeber das Ergebnis der Prüfung mitteilen kann, diese darf in der Regel nicht mehr als drei weitere Wochen betragen. In der Mitteilung des Prüfungsergebnisses sind darüber hinaus, soweit möglich, Alternativen aufzuzeigen, mit deren Hilfe das von dem Auftraggeber gewünschte Ergebnis kostengünstiger und/oder effektiver erreicht werden kann. Die Prüfung des Änderungsverlangens und/oder die Erstellung eines Alternativvorschlags erbringt der Auftragnehmer für den Auftraggeber bis zu einem Aufwand von sechs Personentagen (pro Änderungsverlangen) kostenfrei. Geht der Aufwand darüber hinaus, hat er dies vor Fortführung der Prüfung dem Auftraggeber mitzuteilen und die Prüfung erst dann fertig zu stellen, wenn der Auftraggeber dies bestätigt hat; im Falle einer Umsetzung der Leistungsänderung wird der dem Auftraggeber in Rechnung gestellte Aufwand für die Prüfung auf eine etwaige Mehrvergütung gemäß Abs. (4) angerechnet. Der Aufwand ist gemäß Kostenbestandteil *Position 65 – Projektleiter während der vereinbarten Dienstzeiten* zu vergüten.

- (3) Der Auftragnehmer ist erst dann berechtigt, aus Leistungsänderungen Ansprüche herzuleiten, wenn der Auftraggeber ihn nach Einigung über eine etwaige Vergütungsanpassung gemäß Abs. (4) mit der Ausführung der Leistungsänderungen in Textform beauftragt hat.
- (4) Vor einer Beauftragung müssen sich die Parteien über die geänderte Vergütung einigen. Soweit sich die Vertragsparteien nicht einigen können, ist der Auftraggeber dennoch berechtigt die Ausführung der Leistungsänderung zu beauftragen und der Auftragnehmer verpflichtet, die geänderten Leistungen auszuführen. Dabei darf der neue Preis für die geänderte Leistung weder die notwendigen nachgewiesenen Kosten des Auftragnehmers zzgl. einer Gewinnmarge von 8 %, noch den für diese Leistungen spezifischen Marktpreis übersteigen. Der Auftragnehmer ist für die Angemessenheit der neu festzusetzenden Kosten, insbesondere im Vergleich zu vorher zu erbringenden Leistungen, darlegungs- und beweispflichtig. Hierzu sind insbesondere die im Kalkulationsblatt niedergelegten Preispositionen heranzuziehen.
- (5) Im Streitfall wird die Vergütung für die Leistungsänderungen durch einen von den Parteien einvernehmlich zu benennenden Sachverständigen verbindlich bestimmt. Für die Kosten des Sachverständigen gelten die §§ 91 ff. ZPO entsprechend. Der Sachverständige hat auch über die Verteilung dieser Kosten zu entscheiden. Falls die Parteien sich nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen über den Sachverständigen einigen, bestimmt der Präsident der örtlich zuständigen Industrie- und Handelskammer ihn. Jede Partei kann ihm bis zwei Wochen nach Auftragserteilung ihren Standpunkt zu der Streitfrage schriftlich vorlegen. Der Rechtsweg bleibt hinsichtlich des Anspruches für beide Parteien offen.
- (6) Der Auftragnehmer haftet nicht für Mängel oder Schäden, soweit diese unmittelbar und notwendig durch eine vom Auftraggeber veranlasste Leistungsänderung entstanden sind und der Auftragnehmer den Auftraggeber im Rahmen seiner Prüfung nach Abs. (2) ausdrücklich, schriftlich und begründet auf die Möglichkeit dieses Mangels oder Schadens hingewiesen hat; die Pflicht des Auftragnehmers, den Mangel oder Schaden zu beseitigen, bleibt davon unberührt.
- (7) Die Abs. (1) bis (6) gelten nicht, soweit in diesem Vertrag speziellere Regelungen zu Leistungsänderungen bestehen.
- (8) Die Bedingungen dieses Vertrages und der übrigen Vergabeunterlagen (insb. der in § 2 Abs. (1) genannten Dokumente) gelten auch für geänderte und angepasste Leistungen.
- (9) Änderungen an der Software, an den Parametern der Software oder sonstige Anpassungen, die ohne wesentlichen Arbeitsaufwand umzusetzen sind oder deren Änderbarkeit nach dem Lastenheft verpflichtend ist, sind vom Auftragnehmer kostenfrei vorzunehmen. Dies umfasst insbesondere:
 - 1. Preisänderungen im Tarif,

2. Änderungen im Tarifsortiment, sofern dies keine Überarbeitung oder Erweiterung der zugrundeliegenden Tarifsystematik erforderlich macht,
3. Integration neuer Tarife/Tarifprodukte, sofern dies keine Überarbeitung oder Erweiterung der zugrundeliegenden Tarifsystematik erforderlich macht,
4. Anpassungen an den Strafen bei fehlendem Check-Out
5. Änderungen hinsichtlich der Vorautorisierung,
6. Anpassung der Tarifberechnungslogik im On-Demand-Verkehr,
7. Hinzufügen von Haltepunkten im On-Demand-Verkehr.

§ 13 Vertrags- und Projektsprache

Vertrags- und Projektsprache ist deutsch. Alle Mitarbeitenden des Auftragnehmers, zu denen der Auftraggeber Kontakt hat, müssen deutsche Muttersprachler sein oder Deutsch mindestens auf dem Niveau B2 nach dem gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen sprechen und dies durch ein Zertifikat des Goethe-Instituts, ein TELC-Zertifikat (oder gleichwertiges) nachweisen. Schriftliche Kommunikation mit dem Auftraggeber sowie alle schriftlichen Ausarbeitungen o. ä. müssen in deutscher Sprache auf einem entsprechenden Niveau erfolgen.

§ 14 Fortsetzung der Arbeiten im Streitfall

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistungspflichten auch während einer Meinungsverschiedenheit und eines sich möglicherweise anschließenden Gerichtsverfahrens fortzusetzen.
- (2) Der Auftraggeber ist im Falle eines Konflikts berechtigt, den Auftragnehmer anzuweisen, Leistungen auszuführen, auch wenn der Auftragnehmer der Auffassung ist, dass er die betreffenden Leistungen nicht oder nicht in der von dem Auftraggeber geforderten Form oder Umfang schuldet, es sei denn der Auftragnehmer weist nach, dass ihm die Leistungserbringung unmöglich oder sie ihm unzumutbar ist. Stellt sich im Rahmen der Streitbeilegung heraus, dass der Auftragnehmer die Leistungen nicht hätte erbringen müssen, hat der Auftraggeber die ihm daraus entstandenen notwendigen nachgewiesenen Kosten zu erstatten; gelten § 12 Abs. (4) und (5) entsprechend. Der Auftragnehmer ist für die Notwendigkeit der Kosten darlegungs- und beweispflichtig.
- (3) Die Absätze (1) und (2) gelten nicht, soweit der Auftragnehmer ein Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht hat und der Auftraggeber die zugrunde

liegenden Gegenansprüche nicht bestreitet oder diese rechtskräftig festgestellt sind.

§ 15 Versicherung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 5.000.000 Euro je Schadensfall für Personen-, Sach- und/oder Vermögensschäden, die seine Haftung aus dem Betrieb des IDBT-Gesamtsystems und seinen Verpflichtungen aus diesem Vertrag abdeckt, unverzüglich abzuschließen und während der gesamten Laufzeit dieses Vertrages aufrechtzuerhalten.
- (2) Der Auftragnehmer hat rechtzeitig vor Projektbeginn zum Nachweis der in dieser Vorschrift geregelten Versicherungspflichten die Police samt der vollständigen Vertragsbestimmungen sowie einen Prämienzahlungsnachweis vorzulegen. Dem Auftragnehmer bleibt nachgelassen, nicht risikorelevante Bestandteile zu schwärzen. Für eine angemessene Übergangszeit bis zur Ausstellung der vertragsgemäßen Policen ist abweichend hiervon die Vorlage einer Deckungsbestätigung ausreichend.
- (3) Der Auftragnehmer benachrichtigt den Auftraggeber unverzüglich, wenn ihm eine Zahlungsfrist nach dem Versicherungsvertragsgesetz gestellt wird oder wenn das Versicherungsverhältnis ganz oder teilweise gekündigt oder vorzeitig beendet wird. Veränderungen der Haftpflichtversicherungen während der Vertragslaufzeit sind dem Auftraggeber umgehend mitzuteilen.
- (4) Vor Nachweis der erforderlichen Versicherungen hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Auszahlung der Vergütung. Der Auftraggeber kann des Weiteren jede Zahlung vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

§ 16 Haftung

- (1) Sofern keine andere vertragliche Haftungsvereinbarung vorliegt, gelten für alle gesetzlichen und vertraglichen Schadens-, Freistellungs- und Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers folgende Regelungen:
 1. Bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird die Haftung für den Vertrag insgesamt grundsätzlich auf den Auftragswert (vgl. Nr. 5) beschränkt. Die Haftungsobergrenze in diesem Fall beträgt jedoch mindestens das Doppelte und maximal das Vierfache der Vergütung, die für das erste Vertragsjahr zu zahlen ist (vor einem etwaigen Abzug wegen Vertragsstrafen,

Nicht- oder Schlechtleistung, Mängeln o. ä.). Beträgt der Auftragswert weniger als 50.000,- Euro wird die Haftung auf 50.000,- Euro beschränkt. Im Falle von Sachschäden ist die Haftung auf eine Million Euro beschränkt, wenn der Auftragswert geringer als eine Million Euro ist.

2. Soweit nicht anders vereinbart, sind Ansprüche aus entgangenem Gewinn ausgeschlossen.
 3. Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit sowie bei Ansprüchen bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Sie gelten ebenfalls nicht bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt sowie bei Garantieverprechen.
 4. Soweit Versicherungsschutz gemäß § 15 besteht, wird eine etwaige Haftungsobergrenze in Höhe der zu zahlenden Versicherungsleistung aus diesen Policen bis zu einer Höhe von 5.000.000 Euro erhöht. Fällt eine Versicherungsleistung aufgrund Verschuldens des Auftragnehmers ganz oder teilweise aus, so erhöht sich der Höchsthaftungsbetrag um den Betrag der deshalb entgangenen Versicherungsleistung.
 5. Auftragswert im Sinne dieses Absatzes ist der wertungsrelevante Preis gemäß Kalkulationsblatt vor einem etwaigen Abzug wegen Vertragsstrafen, Nicht- oder Schlechtleistung oder aus ähnlichen Gründen. Nachträgliche Preisanpassungen bleiben unberührt.
- (2) Bei einer Einschränkung der Systemverfügbarkeit (§ 36) wird widerlegbar vermutet, dass der Auftragnehmer die Einschränkung der Systemverfügbarkeit zu verschulden hat. § 10 Abs. (2) gilt auch bei einer Einschränkung der Systemverfügbarkeit. Die Haftungsbeschränkung gemäß Abs. (1) gilt jedoch auch für die Systemverfügbarkeit.
 - (3) Dieser Vertrag hat Schutzwirkung zugunsten der Verkehrsunternehmen. Der Auftragnehmer haftet auch für Schäden, die den Verkehrsunternehmen aufgrund dieses Vertrages entstehen. Die Abs. (1) und (2) gelten auch im Verhältnis zu den Verkehrsunternehmen.
 - (4) Im Übrigen richtet sich die Haftung nach den Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.

§ 17 Mängel

- (1) Der Auftragnehmer schuldet eine mangelfreie Einrichtung und einen mangelfreien Betrieb des IDBT-Gesamtsystem sowie die nach den Vergabeunterlagen geschuldete Systemverfügbarkeit. Mangelfreiheit setzt voraus, dass

1. alle in den vergabeunterlagen vorgegebenen Anforderungen an das IDBT-Gesamtsystem erfüllt werden,
 2. das IDBT-Gesamtsystem einschließlich all seiner Komponenten geeignet ist, durch den Auftraggeber, die Verkehrsunternehmen, das Fahrpersonal, die Fahrgäste sowie vom Auftraggeber oder den Verkehrsunternehmen bestimmte Dritte bestimmungsgemäß genutzt zu werden,
 3. Zubehör, Anleitungen und Projektmanagement nach den Bestimmungen dieses Vertrages bereitgestellt werden,
 4. alle nach den Vergabeunterlagen geschuldeten Aktualisierungen rechtzeitig, vollständig und mangelfrei vorgenommen worden sind,
 5. das IDBT-Gesamtsystem die Eigenschaften hat, die der Auftraggeber aufgrund der vom Auftragnehmer im Rahmen der Verhandlungsgespräche, seiner Angebotspräsentation, seines Angebots oder in anderer Weise im Zusammenhang mit der Ausschreibung gegenüber dem Auftraggeber oder auch unabhängig von der Ausschreibung öffentlich getätigten Äußerungen erwarten darf, vorhanden und mangelfrei funktionsfähig sind, es sei denn, diese Eigenschaften beeinträchtigen die nach den Vergabeunterlagen geschuldeten Eigenschaften,
 6. die nach diesen Vergabeunterlagen geschuldeten Integrationen erfolgreich umgesetzt und betrieben werden und die nach diesen Vergabeunterlagen geschuldeten Schnittstellen vorhanden und mangelfrei sind,
 7. die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Daten gewährleistet ist,
 8. keine sonstigen Sicherheitslücken und Schwachstellen vorhanden sind,
 9. das IDBT-Gesamtsystem dem jeweiligen Stand der Technik entspricht;
 10. das IDBT-Gesamtsystem die technischen Möglichkeiten zur Einhaltung aller Vorgaben gemäß § 8 vorhält,
 11. das IDBT-Gesamtsystem auch im Übrigen mindestens die Beschaffenheit aufweist, die bei vergleichbaren IT-Systemen üblich ist und die der Auftraggeber und die Verkehrsunternehmen erwarten können, und
 12. die in Nr. 2 genannten Personen das IDBT-Gesamtsystem bestimmungsgemäß nutzen können, ohne dass Dritte Rechte gegen sie geltend machen können.
- (2) Eine Abweichung von den in Abs. (1) geforderten Eigenschaften stellt keinen Mangel dar, soweit der Auftragnehmer nachweisen kann,
1. dass die Abweichung auf einer Änderung am IDBT-Gesamtsystem beruht, die der Auftraggeber oder ein Verkehrsunternehmen ohne Abstimmung mit dem Auftragnehmer veranlasst oder vorgenommen hat, oder

2. die Abweichung nicht reproduzierbar ist und nur so selten auftritt (im Einzelfall und höchstens bei 10% der Anfragen), dass sie keinen Einfluss auf die Sicherheit, Funktionsweise und Funktionalität des IDBT-Gesamtsystems hat.
- (3) Mängel werden vom Auftraggeber nach billigem Ermessen in folgende Kategorien eingeteilt (es gilt stets die schwerwiegendste Kategorie):

Kategorie	Definition
Blocker	<ul style="list-style-type: none">• Ein Mangel der Kategorie <i>Blocker</i> liegt vor, wenn einer der folgenden Fälle eintritt und es keine Möglichkeit des Auftraggebers und der Verkehrsunternehmen gibt, das Problem zu umgehen (Umgebungsmöglichkeiten der Fahrgäste beeinflussen die Mängelklassifizierung nicht):<ul style="list-style-type: none">○ Die Nutzung des IDBT-Gesamtsystems durch den Auftraggeber, die Verkehrsunternehmen oder die Fahrgäste ist in nicht nur unerheblichen Teilen unmöglich oder schwerwiegend eingeschränkt,○ eine entscheidende Funktion ist nicht vorhanden,○ es bestehen Rechte Dritter im Sinne des § 20,○ es bestehen keine oder keine vollständig rechtmäßigen Vereinbarungen zur Auftragsverarbeitung nach DSGVO oder es liegt ein sonstiger Verstoß gegen datenschutzrechtliche Vorschriften vor,○ ein Betrieb im Einklang mit § 8 ist nicht möglich,○ der Mangel ist geeignet, das öffentliche Ansehen der Auftraggeber oder der Verkehrsunternehmen schädigen können, oder

	<ul style="list-style-type: none"> ○ es bestehen Sicherheitslücken. • Ein Mangel der Kategorie <i>Blocker</i> liegt zudem auch dann vor, wenn mehrere Mängel der Kategorien <i>Kritisch</i>, <i>Major</i> und/oder <i>Minor</i> vorliegen, die gemeinsam ihrer Schwere nach einem Mangel der Kategorie <i>Blocker</i> gleichkommen.
Kritisch	<ul style="list-style-type: none"> • Ein Mangel der Kategorie <i>Kritisch</i> liegt vor, wenn einer der folgenden Fälle vorliegt: <ul style="list-style-type: none"> ○ Ein Fall der Kategorie <i>Blocker</i>, aber mit einer Möglichkeit der Umgehung für den Auftraggeber und die Verkehrsunternehmen, ○ die Nutzung des IDBT-Gesamtsystems durch den Auftraggeber, die Verkehrsunternehmen oder die Fahrgäste ist in nicht nur unerheblichen Teilen erheblich eingeschränkt, oder ○ eine entscheidende Funktion ist nicht wie geschuldet vorhanden. • Ein Mangel der Kategorie <i>Kritisch</i> liegt zudem auch dann vor, wenn mehrere Mängel der Kategorien <i>Major</i> und/oder <i>Minor</i> vorliegen, die gemeinsam ihrer Schwere nach einem Mangel der Kategorie <i>Kritisch</i> gleichkommen.
Major	<ul style="list-style-type: none"> • Ein Mangel der Kategorie <i>Major</i> liegt vor, <ul style="list-style-type: none"> ○ wenn die Nutzung des IDBT-Gesamtsystems durch den Auftraggeber, die Verkehrsunternehmen oder die Fahrgäste in nur unerheblichen Teilen oder in erheblichen Teilen nur unerheblich eingeschränkt ist oder ○ wenn eine sonstige Funktion nicht oder nicht wie geschuldet vorhanden ist.

Minor	<ul style="list-style-type: none">Ein Mangel der Kategorie <i>Minor</i> liegt vor, wenn die Nutzung des IDBT-Gesamtsystems weder für den Auftraggeber, noch die Verkehrsunternehmen oder die Fahrgäste eingeschränkt ist.
-------	---

§ 18 Vertragsstrafen

- (1) Zusätzlich zu in den Anlage „Service Level Agreement“ festgelegten Vertragsstrafen greifen in den in den folgenden Fällen die im Folgenden festgelegten Vertragsstrafen:

Fall	Vertragsstrafe
Überschreitung des im Zeitplan festgelegten Termins zur Herstellung der Abnahmefähigkeit eines Meilensteins um sieben Kalendertage	0,2% des Auftragswertes pro angefangenen Kalendertag

- (2) Die vorstehend genannten Vertragsstrafen werden nur verwirkt, wenn der Auftragnehmer den jeweiligen Vertragsverstoß zu vertreten hat, was widerleglich vermutet wird.
- (3) Soweit die Höhe von Vertragsstrafen als ein Bruchteil des „Auftragswerts“ formuliert ist, ist mit „Auftragswert“ der wertungsrelevante Preis gemäß Kalkulationsblatt vor einem etwaigen Abzug wegen Vertragsstrafen, Nicht- oder Schlechtleistung oder aus ähnlichen Gründen gemeint. Nachträgliche Preisanpassungen bleiben unberührt.
- (4) Die Höhe der Vertragsstrafen nach diesem Vertrag ist kalenderjährlich auf 5 % der Vergütung für das jeweilige Kalenderjahr (netto) begrenzt.
- (5) Eine etwaige Vertragsstrafe ist unabhängig vom Nachweis eines tatsächlichen Schadens zu bezahlen. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Vertragsstrafen werden auf etwaige wegen desselben Verstoßes geltend gemachte Schadensersatzansprüche angerechnet.
- (6) § 341 Abs. 3 BGB ist ausgeschlossen.

§ 19 Rechteeinräumung

- (1) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber ein zeitlich auf die Dauer des Vertrags beschränktes, unwiderrufliches, nicht-ausschließliches sowie räumlich nicht begrenztes Nutzungsrecht an der dem System zugrundeliegenden Software sowie in Verbindung mit diesem Vertrag zur Verfügung gestellten Anleitungen, Dokumentationen u. ä. für die Zwecke des vertragsgemäßen Betriebes, der Wartung, Schulung und Integration ein. Für die Dokumentation, Anleitung u. ä. ist auch das Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung umfasst. Das Recht berechtigt den Auftraggeber außerdem, das IDBT-Gesamtsystem für den vertraglich vereinbarten Zweck öffentlich wiederzugeben und zugänglich zu machen sowie das IDBT-Gesamtsystem den Verkehrsunternehmen und deren Fahrgästen zur Verfügung zu stellen sowie auf allen heute und zukünftig möglichen technischen Plattformen und Systemumgebungen einzusetzen. Das Nutzungsrecht ist insoweit unterlizenzierbar, wie dies erforderlich ist, um die Vertragszwecke oder zwingende Förderbedingungen zu erfüllen, insbesondere um die Nutzung des IDBT-Gesamtsystems auch den Verkehrsunternehmen zu ermöglichen.
- (2) Der Auftragnehmer räumt zudem allen eingebundenen Verkehrsunternehmen ein dem Abs. (1) entsprechendes Nutzungsrecht ein.
- (3) Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass der Auftragnehmer an keinen im IDBT-Gesamtsystem erstellen Analysen, Datenbanken und Datensammlungen ein Urheberrecht oder anderes Schutzrecht hat. Sollte dies im Einzelfall nicht zutreffen, räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber an allen im IDBT-Gesamtsystem erstellten Analysen, Datenbanken und Datensammlungen o. ä. („Arbeitsergebnisse“) vom Zeitpunkt ihrer Erstellung das ausschließliche zeitlich, inhaltlich und räumlich unbeschränkte und übertragbare sowie unterlizenzierbare Recht zur Nutzung ein. Unabhängig vom Bestehen eines Urheber- oder sonstigen Schutzrechts ist der Auftragnehmer nicht berechtigt, die Arbeitsergebnisse für eigene Geschäftszwecke zu nutzen, an Dritte zu übermitteln oder zu veröffentlichen.
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, darüber hinaus alle Nutzungsrechte in dem Umfang einzuräumen, der erforderlich ist, damit der Auftraggeber, die Verkehrsunternehmen und die Fahrgäste die Rechte aus diesem Vertrag, insbesondere zur Nutzung des IDBT-Gesamtsystems in Gänze oder im Hinblick auf einzelne Komponenten, vertragsgemäß ausüben können.
- (5) Mit der in diesem Vertrag vereinbarten Vergütung ist auch die Einräumung sämtlicher Rechte abgegolten. Weitergehende Vergütungs-, Freistellungs- und/oder Ausgleichsansprüche – insbesondere aus Arbeitnehmererfindungsrecht und §§ 32a ff. UrhG – des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber sind auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses in jedem Fall ausgeschlossen.

- (6) Ist der Auftragnehmer für die Erbringung seiner Leistungen auf gewerbliche Schutzrechte, einschließlich Urheberrechte und Know-How („Auftraggeber-Rechte“) des Auftraggebers angewiesen, gewährt der Auftraggeber ihm hiermit ein einfaches, nicht übertragbares und außer an Subunternehmer (einschließlich etwaiger Sub-Subunternehmer) des Auftragnehmers nicht unterlizenzierbares Nutzungsrecht an den Auftraggeber-Rechten während der Laufzeit und ausschließlich zum Zweck der Erfüllung dieses Vertrages. Ob ein solches Recht eingeräumt wird, entscheidet der Auftraggeber nach billigem Ermessen.
- (7) Der Auftraggeber hat kein Recht, das IDBT-Gesamtsystem, einschließlich der Updates und Upgrades, ganz oder teilweise zu reproduzieren, zu verteilen, zu modifizieren oder es für diese Zwecke Dritten zur Verfügung zu stellen, soweit nicht dieser Vertrag oder die Leistungsbeschreibung etwas anderes vorgeben. Der Auftraggeber darf die Komponenten oder Elemente des IDBT-Gesamtsystems weder direkt noch indirekt entschlüsseln, scannen, dekompileieren oder in irgendeiner Weise zurückentwickeln noch einen Dritten bei einer dieser Tätigkeiten unterstützen.
- (8) Absatz (7) gilt nicht für Maßnahmen zur Überprüfung der Sicherheit der Systemkomponenten ggf. auch durch einen externen Dienstleister. Der Auftraggeber stellt durch Auswahl und Vertragsgestaltung sicher, dass die so gewonnen Erkenntnisse ausschließlich zur Überprüfung der Sicherheit der Systemkomponenten genutzt werden.

§ 20 Rechte Dritter

- (1) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Leistungen sowie die eingeräumten Rechte frei von Rechten Dritter, insbesondere frei von Schutzrechten wie beispielsweise Patent-, Marken- und Urheberrechten, sind, die einer vertragsgemäßen Nutzung entgegenstehen und sorgt dafür, dass die Verwendung und/oder der Gebrauch der Leistungen, auch durch die Verkehrsunternehmen und deren Fahrgäste, zu keiner Patent-, Lizenz- oder sonstigen Schutzrechtsverletzung führt. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber und die Verkehrsunternehmen von allen Ansprüchen Dritter wegen der eingeräumten Rechte aus Urheber-, Patent- und/oder sonstigen gewerblichen Schutzrechten, inklusive § 32a UrhG, sowie Lauterkeitsrecht inklusive der Kosten der Rechtsverteidigung frei.
- (2) Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber oder einem Verkehrsunternehmen Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die Software geltend und wird deren Nutzung hierdurch ganz oder teilweise beeinträchtigt oder untersagt, muss der Auftragnehmer auf seine Kosten dafür sorgen, dass der Auftraggeber bzw. die Verkehrsunternehmen die Leistungen weiterhin wie zwischen den Parteien vereinbart nutzen dürfen. Dazu kann der Auftragnehmer nach seiner Wahl

1. entweder die erforderlichen Nutzungs- oder sonstigen Rechte für sich und/oder den Auftraggeber einholen, oder
 2. die Software so ändern oder ersetzen, dass sie das Schutzrecht nicht verletzt, aber im Wesentlichen doch den vereinbarten Funktions- und Leistungsmerkmalen in für den Auftraggeber zumutbarer Weise entspricht.
- (3) Die Parteien werden sich wechselseitig unverzüglich über geltend gemachte Ansprüche Dritter verständigen.
- (4) Der Auftraggeber wird die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen und jegliche Auseinandersetzung einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen entweder dem Auftragnehmer überlassen oder nur im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer führen. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber notwendige Verteidigungskosten und sonstige Schäden, soweit dem Auftraggeber aus Rechtsgründen die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben bzw. bleiben müssen. Der Auftraggeber hat in diesem Fall Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.
- (5) Soweit der Auftraggeber die Schutzrechtsverletzung selbst zu vertreten hat, sind Ansprüche wegen der Schutzrechtsverletzung gegen den Auftragnehmer ausgeschlossen.

2. Abschnitt: Vergütung und Kalkulation

§ 21 Vergütung

- (1) Alle Entgelte sind netto und verstehen sich zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer (USt).
- (2) Die Vergütung ist von dem Auftraggeber auf das von dem Auftragnehmer jeweils benannte Konto zu überweisen.
- (3) Der Auftragnehmer muss dem Auftraggeber für jede Zahlung eine prüffähige Zahlungsaufforderung übermitteln. Seine Forderungen sind frühestens dreißig Tage nach Eingang dieser Aufforderung fällig; ist bei Eingang der Aufforderung eine der anderen Fälligkeitsvoraussetzungen nicht erfüllt, wird die Forderung frühestens dreißig Tage nach Erfüllung aller Fälligkeitsvoraussetzungen fällig. Wenn der Auftraggeber der Zahlungsaufforderung während dieser Frist widerspricht, ist eine korrigierte Zahlungsaufforderung auszustellen und die Frist

beginnt erneut. Wenn der Auftraggeber nicht widerspricht, verliert er hierdurch keine Rechte.

- (4) Die Höhe der Vergütung ergibt sich nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus den angebotenen Preisen des Auftragnehmers im Kalkulationsblatt und der tatsächlich erbrachten Leistung.
- (5) Für die Vergütung einmalig zu erbringender Leistungen gilt Folgendes:
 1. Mit Zuschlagserteilung wird ein Betrag in Höhe von 15% der Gesamtvergütung für die mobilen Validatoren gemäß Position 22 des Leistungsverzeichnisses und für die stationären Validatoren gemäß Position 30 des Leistungsverzeichnisses fällig. Die gemäß Nr. 2 fällige Vergütung für die mobilen Validatoren nach Position 22 und die stationären Validatoren nach Position 30 wird entsprechend um 15% pro Gerät reduziert. Den nach Satz 1 zu zahlen Betrag leistet der Auftraggeber Zug um Zug gegen Übergabe einer unbefristeten, selbstschuldnerischen Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines vergleichbaren Kreditinstituts aus einem Mitgliedsstaat der EU in Höhe der vereinbarten Vorauszahlung. Eine Hinterlegung eines Geldbetrages als Sicherheit für den Auftraggeber durch den Auftragnehmer ist ausgeschlossen. Die Bürgschaft dient als Sicherheit für Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung der Vorauszahlung. Die Vorauszahlungsbürgschaftsurkunde ist unverzüglich zurückzugeben, wenn der Auftragnehmer Leistungen im Wert der Vorauszahlung erbracht hat.
 2. Die Fälligkeit der folgenden Vergütungsbestandteile tritt grundsätzlich mit Abnahme (§ 27) der folgenden Meilensteine bzw. Ereignissen ein:

<u>Vergütungsbestandteile lt. Leistungsverzeichnis</u>	<u>Ereignis</u>
Position 46 – Bedarfsanalyse zur notwendigen Bereitstellung entsprechender Kabel und Verkabelungsdienstleistungen	Abnahme von Lfd. Nr. 1 Ausführungsplanung Hardware (AP HW)
Position 1 – Bereitstellung Hintergrundsystem Position 2 – Schnittstelle Transit PSP-Backend Soweit in Anspruch genommen: Position 3 – Kontrollsoftware zur	Erfolgreicher und abgenommener Site Acceptance Test (SAT 1; Lfd. Nr. 6)

<p>Kontrolle von digitalen Tickets nach VDV-KA/((etiCORE</p> <p>Soweit in Anspruch genommen: Position 3 – Kontrollsoftware zur Kontrolle von digitalen Tickets nach Motics</p> <p>Soweit in Anspruch genommen:</p> <p>1* Position 21 Softwarelösung für Kontrolle Fremd-VU (SDK)</p> <p>Soweit in Anspruch genommen: Position 5 – Schnittstelle zum PKM-Modul des Fraunhofer IVI</p> <p>Soweit in Anspruch genommen: Position 5.1 – Proprietäres Tarifberechnungsmodul im Hintergrundsystem</p> <p>Position 6 – Bereitstellung Transit PSP-Backend</p> <p>Soweit in Anspruch genommen: Position 7.1 – Acquirerschnittstelle zu bereits angebundenem Akquirer</p> <p>Soweit in Anspruch genommen: Position 7.2. - Acquirerschnittstelle zu noch nicht an TPSP angebundenem Akquirer</p> <p>Position 8 – Schnittstelle zum zentralen anbieterunabhängigen Interoperabilitätssystem</p> <p>1* Position 48 – Anwenderschulung Betrieb</p> <p>1* Position 49 – Anwenderschulung für Buchhaltung, Revision, Vertriebscontrolling</p> <p>1* Position 50 – Anwenderschulung für die Werkstatt (Techniker)</p> <p>1* Position 51 – Anwenderschulung Kundensupport</p>	
--	--

<p>1* Position 52 – Anwenderschulung Vertrieb und Verkaufspersonal</p> <p>1* Position 53 – Anwenderschulung Kontrollpersonal/Fahrausweisprüfer</p> <p>5* Position 22 – Mobile Validatoren</p> <p>Soweit in Anspruch genommen:</p> <p>1* Position 23 - 25 – Mobile Validatoren</p> <p>1* Position 38 – Tragbare Validatoren</p> <p>Soweit in Anspruch genommen:</p> <p>1* Position 39 - 41 – Tragbare Validatoren</p> <p>Soweit in Anspruch genommen:</p> <p>1* Position 42 – Kontrollgeräte</p> <p>1* Position 30 – Stationäre Validatoren</p> <p>Soweit in Anspruch genommen:</p> <p>1* Position 31 – 33 – Stationäre Validatoren</p> <p>1* Position 34 – Winkelsäulenbefestigung, Winkelsäule und Halterung</p> <p>Soweit in Anspruch genommen:</p> <p>1* Position 35 – Edelstahlsäulen und Bodenbefestigung für Position</p> <p>Soweit in Anspruch genommen:</p> <p>1* Position 36 – Stahlsäulen und Bodenbefestigung für Position</p> <p>8* Position 9 – Validatorsoftware Frontend</p> <p>Soweit in Anspruch genommen:</p>	
---	--

<p>1* Position 20 – Kontrollsoftware auf Kontrollgeräten</p> <p>Kosten für Kabel, Switches, Zubehör, Verkabelung, Einbau und Aufbau entsprechend der jeweils nachgewiesenen Inanspruchnahme und Position im Leistungsverzeichnis</p>	
<p>Soweit in Anspruch genommen: Position 43 - 45 – Closed Loop EMV Karten im Design des AG</p> <p>1* Position 43 – Anwenderschulung Betrieb</p> <p>1* Position 44 – Anwenderschulung für Buchhaltung, Revision, Vertriebscontrolling</p> <p>1* Position 45 – Anwenderschulung für die Werkstatt (Techniker)</p> <p>1* Position 46 – Anwenderschulung Kundensupport</p> <p>1* Position 47 – Anwenderschulung Vertrieb und Verkaufspersonal</p> <p>1* Position 48 – Anwenderschulung Kontrollpersonal/Fahrausweisprüfer</p> <p>Kosten für Mobile Validatoren, Stationäre Validatoren, tragbare Validatoren, Kontrollgeräte, Kabel, Switches, Zubehör, Verkabelung, Einbau und Aufbau entsprechend der jeweils nachgewiesenen Inanspruchnahme und Position im Leistungsverzeichnis</p>	<p>Erfolgreicher und abgenommener Roll out & Inbetriebnahme (Lfd. Nr. 13)</p>

Sonstige einmalig zu erbringenden Leistungen	Erfolgreiche Abnahme der Gesamtleistung (Lfd. Nr. 15)
<p>Kosten für die tatsächliche und nachgewiesene Inanspruchnahme von Leistungen von Informatik, Ingenieur oder Projektleiter aufgeschlüsselt nach Position und Stunden innerhalb und außerhalb der vereinbarten Dienstzeiten</p> <p>Kosten für die tatsächliche und nachgewiesene Inanspruchnahme von Validatorsoftware und Fahrzeugausrüstung bei Einzelabrufen</p>	<p>Gemeinsam mit der quartalsweisen Abrechnung der laufenden Vergütung nach Abs. (6)</p>

3. Das Recht, bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 632a BGB Abschlagszahlungen zu verlangen, bleibt jedoch unberührt.
 4. Im Falle einer Abnahme unter Vorbehalt aufgrund von Mängeln oder Verzug ist der Auftraggeber berechtigt, einen angemessenen Anteil der Vergütung bis zur Behebung der Mängel bzw. Beendigung des Verzuges zurückzubehalten. Angemessen ist in der Regel das Doppelte der für die Mangelbeseitigung erforderlichen Kosten. Es wird vermutet, dass dies der jeweils mit Abnahme grundsätzlich fälligen Vergütung entspricht, wobei der Auftragnehmer etwas anderes beweisen kann.
 5. Soweit eine Vergütung auf Basis von Tagessätzen im Leistungsverzeichnis angegeben wird, erfolgt die Abrechnung stundengenau wobei je erbrachter Stunde 1/8 des Tagessatzes anzusetzen ist.
 6. Soweit Termine vergütet werden (z. B. Schulungen, Jour fixes nach § 11) wird nur die produktive Terminzeit vergütet. Vor- und Nachbereitung, An- und Abreise, Übernachtungen oder sonstige Nebenkosten sowie Schulungsmaterial, Dokumentationen o. ä. werden nicht gesondert vergütet, sondern sind in die entsprechenden Preiskomponenten einzukalkulieren.
 7. Die vorbehaltlose Annahme der Schlusszahlung von Werkleistungen schließt Nachforderungen durch den Auftragnehmer aus.
 8. Die Dienstzeiten im Sinne von Position 57 -62 des Leistungsverzeichnisses liegen jeweils Montag bis Donnerstag zwischen 08Uhr bis 16Uhr und Freitags 08Uhr bis 12Uhr.
- (6) Für die laufende Vergütung von Betriebsleistungen gilt folgendes:

1. Ein Anspruch auf Zahlung der laufenden Vergütung entsteht erst mit Abnahme des IDBT-Gesamtsystems und Beginn des Betriebs.
2. Die Vergütung erfolgt pro Quartal, wobei der Auftragnehmer zur Vorleistung verpflichtet ist.
3. Die Höhe der Vergütung wird grundsätzlich quartalsgenau anhand der tatsächlich bestellten und erbrachten Leistung berechnet. Die grundsätzliche Höhe der Vergütung pro Quartal ist in Nr. 5 beschrieben.
4. In Rumpfquartalen wird die Vergütung nur anteilig (taggenau) geschuldet.
5. Die Höhe der laufenden Vergütung für Betriebsleistungen pro Jahr bestimmen sich nach der folgenden Aufstellung:
Position 69 – Bereitstellung cloudbasierte Lösung
+ Position 70 – Betriebskosten Hintergrundsystem
+ Position 71 – Betriebskosten Schnittstelle Transit PSP Backend
+ Soweit in Anspruch genommen: Position 72 – Betriebskosten Kontrollsoftware zur Kontrolle von digitalen Tickets nach VDV-KA/((eticore
+ Soweit in Anspruch genommen: Position 73 – Betriebskosten Kontrollsoftware zur Kontrolle von digitalen Tickets nach Motics
+ Soweit in Anspruch genommen: Position 74 – Betriebskosten Schnittstelle zum PKM-Modul des Fraunhofer IVI
+ Soweit in Anspruch genommen: Position 74.1 – Betriebskosten Proprietäres Tarifberechnungs-modul im Hintergrundsystem
+ Position 75 – Betriebskosten Transit PSP Backend
+ Position 76 – Betriebskosten Acquirerschnittstelle
+ Position 77 – Betriebskosten Schnittstelle zum zentralen anbieterunabhängigen Interoperabilitätssystem
+
+ Position 78 – Betriebskosten Validatorsoftware (Front-End)
+ Soweit in Anspruch genommen: Position 79 – 88 – Betriebskosten Validatorsoftware (Front-End)
+ Soweit in Anspruch genommen:
+ Position 89 – Betriebskosten Kontrollsoftware auf den Kontrollgeräten
+ Soweit in Anspruch genommen: Position 90 – Betriebskosten Softwarelösung für Kontrolle Fremd-VU (SDK)

Ergibt: Grundsätzliche Höhe der laufenden Vergütungen pro Jahr

Die Höhe der Vergütung pro Quartal beträgt $\frac{1}{4}$ der Vergütung pro Jahr.

- (7) Jegliche Zahlung der Vergütung erfolgt unter dem Vorbehaltsanspruchs auf Rückerstattung wegen fehlerhaft berechneter Leistungen. Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen.

- (8) Die Vergütung richtet sich nach den im Angebots- und Auftragsschreiben enthaltenen Regelungen.
- (9) Mit der Vergütung sind alle durch diesen Vertrag verursachten sachlichen und personellen Aufwendungen des Auftragnehmers abgegolten. Zusätzliche Leistungen werden nur vergütet, sofern diese vom Auftraggeber als gesondert abrechenbare Leistungen beauftragt wird.
- (10) Beginnend mit dem Jahr 2028 werden die Preispositionen 64 – 85 während der Vertragslaufzeit jährlich fortgeschrieben. Die Höhe der Fortschreibung bemisst sich nach der prozentualen Veränderung des nach Jahresablauf festgestellten Jahresdurchschnittswertes des vergangenen Kalenderjahres für den Nominallohnindex „Dienstleistungen der Informationstechnologie“ (GENESIS-Online; Erzeugerpreisindex für Dienstleistungen, Code: 61311-0003; Code WZ08-62) zum Jahresdurchschnittswert dieses Indexes im Vorjahr. Ergibt die nach Satz 1 angestellte Berechnung einen Wert von unter -2% oder über 2%, ist die Anpassung auf -2% bzw. 2% gedeckelt. Die Anpassung erfolgt rückwirkend zum 01.01. des jeweiligen Jahres. Der Ausgleich des durch die rückwirkende Anpassung entstehenden Fehlbetrages, erfolgt durch Verrechnung mit der an die Anpassung folgenden Quartalsvergütung.

§ 22 Kalkulationsgrundlage

Soweit der Auftragnehmer bei der Abgabe seines Angebots einseitig von bestimmten steuerrechtlichen Bewertungen, Kalkulationen, tatsächliche und technische Gegebenheiten, Vereinbarungen mit Dritten oder sonstigen Prämissen ausgegangen ist, diese Prämissen jedoch ganz oder teilweise nicht zutreffen oder sich nach Abgabe des letztverbindlichen Angebots ändern, trägt der Auftragnehmer die sich jeweils daraus ergebenden Nachteile. Beteiligungs-, Ausgleichs- oder Loyalitätspflichten der Auftraggeber bestehen insoweit nicht. Etwas anderes gilt nur, wenn und soweit die Parteien ausdrücklich abweichende spezielle Regelungen vereinbart haben.

3. Abschnitt: Einrichtung

§ 23 Regelungsgegenstand, Verhältnis zum übrigen Vertrag

- (1) Dieser Abschnitt regelt die besonderen vertraglichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Einrichtung des IDBT-Gesamtsystems, auch im Fall von Einzelabrufen. Soweit die folgenden Regelungen nicht entgegenstehen, gelten die

übrigen Bestimmungen dieses Vertrages mit Ausnahme der Bestimmungen des 4. Abschnitts und des 5. Abschnitts auch für die Einrichtung. Die Regelungen dieses Abschnitts gehen bei Widersprüchen den Regelungen des übrigen Vertrages vor.

- (2) Einrichtung meint alle Leistungsbestandteile, die vor Aufnahme des Regelbetriebs erforderlich sind.
- (3) Die Bestimmungen dieses Abschnitts gelten auch für
 - 1. die Ausrüstung von Fahrzeugen während der Vertragslaufzeit,
 - 2. alle einmalig zu erbringenden Leistungen, einschließlich der Ausrüstung von Fahrzeugen mit Validatoren, dem Aufstellen von Validatoren oder der Durchführung von Schulungen.

§ 24 Anwendbarkeit des Werkvertragsrechtes

- (1) Soweit dieser Vertrag keine abweichende Regelung trifft, sind für die Einrichtung die Bestimmungen des Werkvertragsrechtes (§§ 631 ff. BGB) anwendbar.
- (2) §§ 433-479, 650, 327-327u BGB sowie §§ 373-381 HGB sind nicht anwendbar.

§ 25 Berichtspflichten, drohende Verzögerung

- (1) Der Auftragnehmer berichtet dem Auftraggeber mindestens alle vier Wochen den aktuellen Stand des Projektes in Textform. Er muss hierbei detaillierte Angaben zum Umsetzungsstand und zur Zeitplanung machen.
- (2) Soweit eine Abweichung vom Zeitplan nicht auszuschließen ist, muss der Auftragnehmer den Auftraggeber hierauf unverzüglich hinweisen. Er muss detailliert und begründet darlegen, auf welche Umstände die Verzögerung zurückzuführen ist. Er muss Vorschläge unterbreiten, wie der Zeitplan möglichst weitgehend dennoch einzuhalten ist.
- (3) Soweit eine Verzögerung droht, ist der Auftragnehmer verpflichtet, Leistungen in anderen Bereichen vorzuziehen, um den Zeitplan einzuhalten, sofern und soweit es die geschuldeten Leistungen des Auftragnehmers zulassen, es sei denn, dies ist ihm unzumutbar. Sofern und soweit der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, verlängern sich die für ihn geltenden Ausführungsfristen nicht.

§ 26 Anleitung/Dokumentation

- (1) Der Auftragnehmer ist zur Dokumentation des IDBT-Gesamtsystems verpflichtet nach den Vorgaben der Vergabeunterlagen verpflichtet.
- (2) Zu der Dokumentation des IDBT-Gesamtsystems gehören insbesondere die Anwendungsdokumentation (Nutzerhinweise, Anleitungen und Hilfestellungen etc.) sowie Nutzungshandbücher für Hard- und Software und Verfahrensbeschreibungen. Die Dokumentation muss es dem für die Nutzung und Administration einzusetzenden Personal des Auftraggebers ermöglichen, das IDBT-Gesamtsystem nach Durchführung der vereinbarten Schulung ordnungsgemäß zu bedienen, sofern das Personal ausreichende Vorbildung und Ausbildung aufweist. Die Dokumentation muss darüber hinaus den technischen Aufbau und die technischen Abläufe des IDBT-Gesamtsystems so umfassend beschreiben, dass es dem Auftraggeber bei Einsatz von Personal mit ausreichender Vorbildung und Ausbildung möglich ist, die Unterlagen auch ohne Inanspruchnahme des Auftragnehmers zu verwenden, insbesondere um das IDBT-Gesamtsystem selbstständig einsetzen und, soweit die Gewährung entsprechender Rechte vereinbart ist, auch fortentwickeln zu können.
- (3) Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist die Dokumentation spätestens mit Erklärung der Betriebsbereitschaft* in deutscher Sprache mindestens in zweifacher Ausfertigung oder in ausdrückbarer Form zu übergeben. Die Nutzung der gängigen englischen Fachbegriffe ist zulässig.
- (4) Der Auftragnehmer dokumentiert die im Rahmen der Mängelhaftung gemäß § 17 durchgeführten Maßnahmen, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- (5) Der Auftragnehmer wird alle Anpassungen und Änderungen, die aufgrund von Maßnahmen im Rahmen der Mängelhaftung gemäß § 17 an den Dokumentationen erforderlich werden, in diese einarbeiten, soweit nichts anderes vereinbart ist. Soweit eine Einarbeitung dem Auftragnehmer rechtlich nicht möglich ist, wird er eine entsprechende Ergänzung der Dokumentation zur Verfügung stellen.
- (6) An für den Auftraggeber erstellten Dokumentationen räumt der Auftragnehmer diesem die Rechte entsprechend § 19 ein, soweit nichts anderes vereinbart ist.

§ 27 Zeitplan

- (1) Der Auftragnehmer hat den Zeitplan, Anlage „Zeitplan“, einzuhalten. Das bedeutet, ein jeweiliger Meilenstein muss spätestens zum in der Spalte „Leistungszeit“ genannten Datum (sofern dort eines genannt ist) und spätestens so viele Wochen nach Zuschlag, wie in der Spalte „Leistungszeit“ angegeben ist, fertiggestellt werden. Bei Widersprüchen gilt das frühere Datum.

- (2) Die Meilensteine im Zeitplan bedürfen einer Abnahme. Daher ist zu diesem Zeitpunkt jeweils die geschuldete Leistung sowie das IDBT-Gesamtsystem in dem zum jeweiligen Zeitpunkt geschuldeten Zustand/Umfang gemäß § 28 abzunehmen. Erst nach erfolgter Abnahme gilt der Meilenstein als abgeschlossen.
- (3) Verschiebungen der Umsetzung begründen keine zusätzlichen Vergütungsansprüche des Auftragnehmers.
- (4) Der Auftraggeber erhält für den Aufbau und den Betrieb der IDBT-Lösung Fördermittel. Hält der Auftragnehmer den Zeitplan nicht ein und kommt es daher zum vollständigen oder anteiligen Verlust der Fördermittel und hat der Auftragnehmer dies zu vertreten, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber ungeachtet weiterer Regelungen in diesem Vertrag den entstandenen Schaden zu ersetzen.

§ 28 Abnahme

- (1) Wenn eine oder mehrere Leistungen, Komponenten, Funktionen o. ä. (im Folgenden: abzunehmendes Werk) abzunehmen sind, prüft der Auftraggeber das abzunehmende Werk auf seine Mangelfreiheit (§ 17). Der Auftragnehmer muss den Auftraggeber in die Lage versetzen, die Prüfung sachgemäß durchzuführen. Er muss hierfür insbesondere
 - 1. das abzunehmende Werk betreiben und dem Auftraggeber Zugang gewähren,
 - 2. eine Testumgebung betreiben oder das abzunehmende Werk testweise so in den Regelbetrieb integrieren, dass die Mangelfreiheit des übrigen Systems nicht beeinträchtigt wird,
 - 3. weitere Erläuterungen, Anleitungen, Dokumentationen, technische Hinweise o. ä. bereitstellen,
 - 4. Mitarbeitende des Auftraggebers oder von ihm bestimmter Dritter einweisen und schulen,
 - 5. Produktivdaten eingeben oder, falls solche nicht existieren, hinreichende Testdaten bereitstellen und eingeben.

Der Auftraggeber bestimmt die Dauer der Prüfung nach billigem Ermessen, soweit nicht im Meilensteinplan etwas anderes angegeben ist. Das Ergebnis der Prüfung wird vom Auftraggeber in Textform in einem Protokoll dokumentiert (Abnahmeprotokoll). Sofern der Auftraggeber Mängel feststellt, die ihn zur Verweigerung der Abnahme berechtigen würden, darf er auch die Prüfung vorzeitig abbrechen.

- (2) Der Auftraggeber kann bestimmen, dass während der Prüfung nach Abs. (1) ein oder mehrere gemeinsame Termine mit dem Auftragnehmer durchgeführt werden.
- (3) Soweit bei der Prüfung nach Abs. (1) Mängel festgestellt werden, sind diese vom Auftragnehmer zu beheben. Zur Behebung des Mangels gibt der Auftraggeber eine angemessene Frist vor. Sobald die Mängel behoben sind, erfolgt erneut eine Prüfung nach Abs. (1).
- (4) Wenn keine oder nur unerhebliche Mängel festgestellt werden, muss der Auftraggeber die Abnahme des abzunehmenden Werkes erklären. Er kann die Abnahme auch erklären, wenn erhebliche Mängel vorliegen. Erheblich sind
 1. einzelne Mängel der Kategorie *Blocker*
 2. mehrere Mängel der Kategorie *Kritisch*, *Major* und/oder *Minor*, die sich in der Summe wie ein Mangel der Kategorie *Blocker* auswirken.
- (5) Die Abnahme muss in Textform erfolgen. Eine formlose, mündliche, konkludente oder stillschweigende Abnahme ist ausgeschlossen. Der Abnahmeerklärung ist das Abnahmeprotokoll nach Abs. (1) beizulegen (Wirksamkeitsvoraussetzung der Abnahmeerklärung). Wenn der Auftragnehmer dem Abnahmeprotokoll nicht binnen einer Woche in Textform widerspricht, gilt das Abnahmeprotokoll als genehmigt. Nicht im Abnahmeprotokoll vermerkte Mängel gelten als dem Auftraggeber nicht bekannt. Die Unkenntnis ist zudem nicht schuldhaft.
- (6) Soweit sich der Zeitplan verzögert, weil der Auftraggeber berechtigterweise die Abnahme verweigert oder weil die Prüfung nach Abs. (1) andauert, geht dies zulasten des Auftragnehmers. Dieser hat die entsprechende Verzögerung zu vertreten, soweit er nicht nachweist, dass sie vom Auftraggeber zu vertreten ist. Der Auftragnehmer bleibt auch bei ausstehender Abnahme stets verpflichtet, die Einrichtung des IDBT-Gesamtsystems weiter voranzutreiben und möglichst in die Betriebsphase überzugehen. Arbeiten, die unabhängig vom abzunehmenden Werk fortgeführt werden können, sind fortzuführen.
- (7) Die Abnahme beeinflusst die Rechte des Auftraggebers wegen etwaiger Mängel nicht, soweit der Mangel eine Funktion oder Komponente betrifft, die nicht an die Bedürfnisse des Auftraggebers aufgrund der Vergabeunterlagen angepasst wurde (Standardfunktionen). Soweit Mängel an Funktionen oder Komponenten vorliegen, die an die Bedürfnisse des Auftraggebers aufgrund der Vergabeunterlagen angepasst wurden (Custom-Funktionen), und der Auftraggeber diese Mängel bei der Abnahme kennt, behält er seine Rechte wegen der bekannten Mängel nur insoweit er sich dies ausdrücklich vorbehält. Er verliert seine Rechte auch dann nicht, soweit dies nach § 132 GWB nur bei Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens zulässig wäre. § 4 Abs. (1) Sätze 2 und 3 bleiben unberührt. Für die Einordnung als Standard- oder Custom-Funktion ist der Auftragnehmer darlegungs- und beweisbelastet.

- (8) Soweit für die Fertigstellung des abzunehmenden Werkes eine Vergütung vereinbart ist, wird diese frühestens mit Abnahme fällig.
- (9) Wenn der Auftraggeber oder von ihnen beauftragte Dritte zu einem Zeitpunkt vor der Abnahme feststellen, dass geleistete Arbeiten mangelhaft (§ 17) sind, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die angegebenen Mängel auf seine Kosten bis zur Abnahme zu beseitigen.

4. Abschnitt: Betrieb

§ 29 Regelungsgegenstand, Verhältnis zum übrigen Vertrag

Dieser Abschnitt regelt die besonderen vertraglichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des IDBT-Gesamtsystems. Soweit die folgenden Regelungen nicht entgegenstehen, gelten die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages mit Ausnahme der Bestimmungen des 2. Abschnitts und des 5. Abschnitts auch für den Betrieb. Die Regelungen dieses Abschnitts gehen bei Widersprüchen den Regelungen des übrigen Vertrages vor.

§ 30 Anwendbarkeit des Mietvertragsrechtes

- (1) Soweit dieser Vertrag keine Regelung trifft, sind für den Betrieb die Regelungen des Rechtes der Mietverträge über bewegliche Sachen (§§ 535 ff. BGB) anwendbar.
- (2) Die Bestimmungen der §§ 327 – 327u, 578b BGB sowie §§ 373-381 HGB sind nicht anwendbar.

§ 31 Pflichten des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer ist während der Betriebsphase insbesondere verpflichtet,

- 1. das IDBT-Gesamtsystem gemäß den Vorgaben der Vergabeunterlagen mangelfrei zu betreiben;
- 2. das IDBT-Gesamtsystem nach Maßgabe des § 32 zu pflegen, zu warten und weiterzuentwickeln.

§ 32 Pflege-, Wartungs- und Weiterentwicklungsarbeiten

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die nach dem Stand der Technik üblichen und die nach gesetzlichen Vorgaben erforderlichen Pflege-, Wartungs-, und Weiterentwicklungsleistungen zu erbringen, um das IDBT-Gesamtsystem instand und lauffähig zu halten und das Auftreten von Mängeln und Störungen bereits im Vorfeld zu vermeiden und auftretende Mängel und Störungen zu beseitigen. Dies schließt auch die Aktualisierung („Update“) oder Weiterentwicklung („Upgrade“) der Software ein. Die Pflege, Wartung und Weiterentwicklung des IDBT-Gesamtsystems umfasst insbesondere die,
 1. erforderliche Anpassung der zum Betrieb des IDBT-Gesamtsystems eingesetzten Systeme an veränderte technische Umgebungsbedingungen,
 2. die kontinuierliche Suche nach und vorbeugende Behebung von Softwarefehlern,
 3. Bereitstellung von Fixes, Patches, Softwareupdates inklusive einer zugehörigen Dokumentation für das IDBT-Gesamtsystem,
 4. Lieferung und Bereitstellung von Software-Updates, Releases, Anpassungen auf veränderte Umgebungsbedingungen des Systems, wie z. B. Datenbank- und Betriebssystem-Updates oder Schnittstellenänderungen,
 5. Lieferung von Software-Upgrades, wenn und soweit diese erforderlich sind, um die nach diesem Vertrag inkl. seiner Anlagen geschuldeten Leistungen zu erbringen.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber über geänderte gesetzliche Vorgaben für den Betrieb des IDBT-Gesamtsystems zu informieren und in Abstimmung mit dem Auftraggeber die Einhaltung der Vorgaben aus § 8 auch während der Laufzeit sicherzustellen. Ist eine Softwareerneuerung aufgrund einer Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlich, damit das System weiterhin rechtmäßig betrieben werden kann, wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber die erforderliche Softwareerneuerung unverzüglich nach Kenntniserlangung ankündigen. Dabei wird er auch begründen, weshalb die Softwareerneuerung zum weiteren rechtskonformen Betrieb des Systems erforderlich ist.
- (3) Es steht dem Auftragnehmer frei, wie er Updates, Releases etc. verwendet und plant, solange er seinen Pflichten aus diesem Vertrag und den Vergabeunterlagen nachkommt, insbesondere zur Aufrechterhaltung der Systemverfügbarkeit des IDBT-Gesamtsystems sowie zur Einhaltung der IT-Sicherheit.
- (4) Updates und Upgrades werden nur vergütet, wenn sie eine neue Funktionalität mit sich bringen und der Auftraggeber im Voraus ausdrücklich zugestimmt hat. § 12 Abs. (2), (3), (4), (5), (7), (8) und (9) gelten entsprechend. Der Auftragnehmer darf Updates und Upgrades nicht so gestalten, dass dem Auftraggeber für eine mangelfreie Nutzung des IDBT-Gesamtsystems erforderliche Updates und

Upgrade, die nicht zu vergüten sind, nur dann zur Verfügung stehen, wenn er der Vergütung einer neuen Funktionalität zustimmt.

- (5) Wartungs- und Reparaturarbeiten (einschließlich des Einspielens von Updates und Upgrades) dürfen nur innerhalb von Schwachlastzeiten, die vom Auftraggeber definiert werden, vorgenommen werden. Sie können außerhalb der Schwachlastzeiten durchgeführt werden, wenn dies technisch erforderlich, nach diesem Vertrag und seinen Anlagen geboten, innerhalb der Schwachlastzeiten nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand für den Auftragnehmer möglich ist oder Auswirkungen auf die vertragsgemäße Leistungserbringung und den vertragsgemäßen Betrieb ausgeschlossen sind. Treten über das Vorliegen dieser Voraussetzungen Zweifel auf oder kommt es im Umfeld von Wartungs- und Reparaturarbeiten zu Beeinträchtigungen, ist der Auftragnehmer beweispflichtig für das Vorliegen der Voraussetzungen. Wenn dies zur Sicherstellung der Systemverfügbarkeit und des Betriebs erforderlich ist, sind Wartungs- und Reparaturarbeiten nach Absprache mit dem Auftraggeber unverzüglich durchzuführen. Kommt der Auftragnehmer im Rahmen einer Risikobewertung zu dem Ergebnis, dass die Behebung einer Schwachstelle unverzüglich nötig ist, hat er die notwendigen Schritte zu Abwendung eines Schadenseintritts auch ohne vorherige Absprache mit dem Auftraggeber durchzuführen. Soweit dies zur Abwendung eines Schadenseintritts notwendig ist, geht die Abwendung eines möglichen Schadenseintritts der Systemverfügbarkeit der Systemkomponenten vor. Der Auftraggeber ist nach Möglichkeit in die Risikobewertung einzubeziehen, jedenfalls aber unverzüglich über die Grundlage und das Ergebnis der Risikobewertung und die ergriffenen Schritte zu informieren.
- (6) Alle Updates und Upgrades sind vor ihrer Umsetzung im Produktivsystem auf einem Testsystem auszuführen und zu testen. Der Auftragnehmer muss den erfolgreichen Test und dessen Ergebnisse dem Auftraggeber mitteilen, bevor der Auftragnehmer die Änderungen im Produktivsystem umsetzt.

§ 33 Änderungen durch den Auftragnehmer

Der Auftragnehmer darf Änderungen am IDBT-Gesamtsystem nur vornehmen, soweit

1. durch die Änderung keine Mängel entstehen,
2. die Änderung mit einer angemessenen Frist angekündigt wird, und
3. etwaig erforderliche Anpassungen an Schulungsmaterialien, Anleitungen, Dokumentationen o. ä. vor Durchführung der Änderung abgeschlossen sind.

§ 34 Mängel während der Betriebsphase

- (1) Während der Betriebsphase auftretende Mängel (§ 17) sind vom Auftragnehmer zu beheben. Soweit ein Mangel nicht im Rahmen der Störungsbeseitigung zu beheben ist, gilt § 28 Abs. (3). § 35 bleibt unberührt.
- (2) Hat das IDBT-Gesamtsystem während der Betriebsphase erhebliche Mängel i. S. d. § 17 Abs. (3) oder entstehen während der Betriebsphase solche Mängel oder ist das IDBT-Gesamtsystem in Gänze nicht verfügbar i. S. d. § 36, so ist der Auftraggeber für die Zeit, in der die Mängel bestehen oder die Systemverfügbarkeit nicht gegeben ist, von der Entrichtung der Vergütung gemäß § 21 Abs. (6) befreit. Für die Zeit, während der die Tauglichkeit des IDBT-Gesamtsystems durch andere Mängel (Kategorien *Kritisch* oder *Major*) gemindert ist, hat er nur eine angemessen herabgesetzte Vergütung gemäß § 21 Abs. (6) zu entrichten. Eine unerhebliche Minderung der Tauglichkeit (Kategorie *Minor*) bleibt außer Betracht.
- (3) Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt. § 35 und § 36 bleiben unberührt.

§ 35 Störungen, Störungsbeseitigung, verzögerte Behebung

- (1) Störungen sind alle Abweichungen von der geschuldeten Beschaffenheit bzw. Nutzbarkeit im Sinne des § 17 Abs. (1) unabhängig davon ob eine Ausnahme nach § 17 Abs. (2) vorliegt, ob sie vorübergehend oder dauerhaft auftreten und wer sie zu vertreten hat. Sie werden entsprechend § 17 Abs. (3) kategorisiert. Eine Störung liegt auch bei einer Einschränkung der Nutzbarkeit vor, die kein Mangel ist.
- (2) Der Auftragnehmer schuldet eine integrative Gesamtverantwortung für seine Leistungen nach diesem Vertrag. Die integrative Gesamtverantwortung bedeutet, dass der Auftragnehmer für die jederzeitige Einhaltung der vereinbarten Leistungsparameter zu sorgen hat und zwar unabhängig davon, in welchem Teil des IDBT-Gesamtsystems Störungen vorliegen. Der Auftragnehmer hat bei Vorliegen einer Störung sofort die geeigneten Schritte einzuleiten, um die Störung schnellstmöglich zu beseitigen und die Systeme insgesamt wieder in den vertragsgemäßen Zustand zu versetzen. Es gelten die in Anlage „Service-Level-Agreement“ vorgegebenen Reaktionszeiten.
- (3) Sollte bei Erkennen einer Störung, gleich durch welche Partei, die Ursache nicht eindeutig erkennbar sein, wird der Auftragnehmer ohne Mehrkosten für den Auftraggeber die notwendigen Schritte einleiten und durchführen, bis er die Fehlerursache erkannt hat, um diese zu beseitigen. Die Verpflichtung zur Beseitigung von Störungen durch den Auftragnehmer besteht unabhängig davon, welche

Ursache die Störung hat und in welcher Komponente des Systems die Störung auftritt, es sei denn, dies ist ihm aufgrund mangelnder Mitwirkung des Auftraggebers, des oder der betroffenen Verkehrsunternehmen oder Höherer Gewalt unmöglich. Hat der Auftragnehmer die Störung nachgewiesenermaßen nicht zu vertreten, hat er einen Anspruch auf die nachgewiesenen durch die Fehlersuche und Behebung entstehenden Mehrkosten; § 12 Abs. (4) und (5) gelten entsprechend. Hierzu zählen beispielsweise Störungen aufgrund unsachgemäßer Handhabung, Unterbrechungen von externen Systemen oder von dem Auftraggeber oder einem Verkehrsunternehmen nicht oder nicht rechtzeitig erbrachte Mitwirkungsleistungen.

- (4) Der Auftragnehmer ist bei der Beseitigung von Störungen in der Wahl der Störungsbeseitigung frei, solange er die vereinbarten Leistungsparameter einhält und die Störungsbeseitigung keine funktionale Änderung des Systems darstellt.
- (5) Wenn eine Störung nicht innerhalb der vorgegebenen Frist behoben werden kann, muss der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine provisorische Umgehung der Störung aufzeigen („Workaround“), soweit hierdurch die Zeit bis zur Behebung der Störung verkürzt wird. Der Workaround muss möglichst so gestaltet werden, dass er dem Auftraggeber, den Verkehrsunternehmen und Fahrgästen die Weiterarbeit mit dem System erlaubt und der Auftraggeber, die Verkehrsunternehmen und deren Fahrgäste durch den Workaround nicht unangemessen eingeschränkt sind. Der Workaround ist auf Weisung des Auftraggebers, bei Gefahr im Verzug auch ohne Weisung des Auftraggebers, umzusetzen. Ein Workaround stellt jedoch nur eine vorübergehende Störungsbehebung dar und entbindet den Auftragnehmer nicht von seiner Pflicht, die Störung nachhaltig zu beheben. Die Kategorisierung der Störung wird durch einen Workaround nicht geändert. Die Parteien können sich aber im Einzelfall auf eine Verlängerung der Fristen für die Beseitigung der Störung einigen. § 34 Abs. (2) und (3) bleiben unberührt.
- (6) Für eine Überschreitung der Lösungszeiten gelten die Regelungen in Anlage „Service-Level-Agreement“.
- (7) § 36 Abs. (4) bleibt unberührt.

§ 36 Systemverfügbarkeit, Vertragsstrafe bei mangelhafter Systemverfügbarkeit

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die in Anlage „Service Level Agreement“ vorgegebene Systemverfügbarkeit der einzelnen Systembestandteile zu gewährleisten.
- (2) Ausfallzeit sind diejenigen Zeiten, zu denen der Auftraggeber keine Konnektivität zum jeweiligen Systembestandteil des IDBT-Gesamtsystems herstellen kann oder der betroffene Systembestandteil insgesamt nicht oder nicht in allen seinen

wesentlichen Grundfunktionalitäten für mindestens eines der Verkehrsunternehmen oder einen nicht nur unerheblichen Anteil der Fahrgäste zur Verfügung steht. Sofern sich die tatsächliche Störungsdauer nicht zweifelsfrei und einvernehmlich feststellen lässt, gilt die Zeit vom Eintreffen der Störungsmeldung beim Auftragnehmer bis zum Absenden der Entstörungsmeldung durch den Auftragnehmer als Störungsdauer.

- (3) Ausfallzeiten, die auf einem der folgenden Ereignisse beruhen, mindern die Systemverfügbarkeit nicht:
1. Abgestimmte Wartungszeiten, werden nicht als Zeiten der Nicht-Verfügbarkeit gezählt. Als „abgestimmt“ gelten auch Nicht-Verfügbarkeiten, die im Falle der Behebung von Sicherheitsmängeln erforderlich sind, und über die der Auftraggeber per E-Mail oder telefonisch vom Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorab, informiert wurde.
 2. Probleme innerhalb des Netzwerks oder der Infrastruktur des Auftraggebers oder von vom Auftraggeber beauftragten Dritten,
 3. Ausfall/Beeinträchtigung der Netzanbindung des Auftraggebers,
 4. Ausfälle/Beeinträchtigungen, die auf dem vertragswidrigen Handeln oder Unterlassen des Auftraggebers oder eines vom Auftraggeber beauftragten Dritten beruhen,
 5. vorsätzlich nicht vertragsgemäße Nutzung der Leistung des Auftragnehmers durch den Auftraggeber,
 6. Handlungen nicht autorisierter Nutzer, soweit die Handlungsmöglichkeit des nicht autorisierten Nutzers allein oder weit überwiegend dem Auftraggeber zuzurechnen ist (bspw. durch die Nichtbeachtung angemessener Sicherheitsverfahren),
 7. Aussetzen des Zugangs durch einen Sicherheitsvorfall zum Schutz auch des Auftraggebers oder der Verkehrsunternehmen, sofern dies angemessen und erforderlich unter Berücksichtigung der Interessen des Auftraggebers und/oder der Verkehrsunternehmen ist,
 8. Ereignisse, die auf höherer Gewalt beruhen und nicht durch angemessene Maßnahmen des Auftragnehmers kompensiert werden können
- (4) Der Auftragnehmer hat unverzüglich anzuzeigen, wenn ihm Tatsachen bekannt werden, aus denen sich die Gefahr einer Beeinträchtigung der Systemverfügbarkeit ergeben kann.

§ 37 Berichtspflichten

Der Auftragnehmer hat fortlaufend die Systemverfügbarkeit und sonstigen Leistungsparameter sowie etwaige Störungen und Mängel zu erfassen und die Ursache für eine etwaige Unterschreitung der Systemverfügbarkeitsvorgaben jeweils nach Abschluss eines Kalendermonats für diesen Monat auszuwerten. Auftraggeber und Auftragnehmer tauschen sich monatlich über die erreichte Systemverfügbarkeit und sonstigen Leistungsparameter aus. Das Nähere regelt Anlage „Service Level Agreement“.

5. Abschnitt: Lieferung

§ 38 Regelungsgegenstand, Verhältnis zum übrigen Vertrag

Dieser Abschnitt regelt die besonderen vertraglichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Lieferung der für die Einrichtung und den Betrieb erforderlichen Hardware-Komponenten (z. B. Validatoren). Soweit die folgenden Regelungen nicht entgegenstehen, gelten die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages mit Ausnahme der Bestimmungen des 4. Abschnitts und des 5. Abschnitts auch für die Lieferung. Die Regelungen dieses Abschnitts gehen bei Widersprüchen den Regelungen des übrigen Vertrages vor.

§ 39 Anwendbarkeit des Kaufvertragsrechtes

- (1) Soweit dieser Vertrag keine abweichende Regelung trifft, sind für die Lieferung die Bestimmungen des Kaufvertragsrechtes (§§ 433 ff. BGB) anwendbar.
- (2) § 377 HGB findet keine Anwendung. Dies gilt nicht, soweit ein Mangel vorliegt, der offen zu Tage liegt und vom Auftraggeber bei gebotener unverzüglicher Untersuchung hätte festgestellt werden können.

§ 40 Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer schuldet die Lieferung sämtlicher Hardware-Komponenten nach Maßgabe des den Vergabeunterlagen zugrundeliegenden Lastenheftes inkl. aller dazugehörigen Teillastenhefte.
- (2) Hardware-Komponenten im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere die im Lastenheft und Teillastenheften genannte Primärhardware und sämtliche Bauteile, Komponenten und Zubehöre, die den ordnungsgemäßen Betrieb der

Primärhardware ermöglichen bzw. gewährleisten. Hierbei handelt es sich insbesondere um:

1. Stationäre Validatoren,
 2. Mobile Validatoren,
 3. Tragbare Validatoren,
 4. Mobile Fahrscheinkontrollgeräte,
 5. Closed Loop EMV Karten,
- (3) Zeigt sich an den in Abs. (2) Nr. 1 bis 4 aufgezählten Validatoren und mobilen Kontrollgeräten innerhalb von zwei Jahren ab dem Gefahrübergang eine Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit so wird widerlegbar vermutet, dass dieser bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergang vorlag. Die Vermutung nach Satz 1 kann der Auftragnehmer widerlegen, indem er nachweist, dass die Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit auf ein Verschulden des Auftraggebers oder Dritter zurückzuführen ist.

§ 41 Lieferfrist

- (1) Die Lieferung erfolgt gemäß dem in Anlage „Zeitplan“ angegebenen Zeitplan.
- (2) Für die Lieferung von Validatoren nach Einzelabruf legt der Auftraggeber eine Lieferfrist nach pflichtgemäßem Ermessen fest.

§ 42 Gewährleistung, Ersatzteile, Wartung

- (1) Mängelansprüche des Auftraggebers verjähren entgegen § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB in drei Jahren. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme des IDBT-Gesamtsystems durch den Auftraggeber.
- (2) Innerhalb des Gewährleistungszeitraums hat der Auftragnehmer vom Auftraggeber zugesandte, mit Mängeln behaftete Hardware-Komponenten bzw. Bauteile von Hardware-Komponenten (Reparaturteile) binnen 10 Werktagen nach Erhalt in repariertem Zustand wieder zur Post zu geben. Der Reparatur steht der vollständige Austausch gleich. Der Auftragnehmer hält einsatzbereite Hardware-Ersatzkomponenten in ausreichender Zahl vor.
- (3) Im Falle eines Serienfehlers trifft der Auftragnehmer geeignete Maßnahmen zur Behebung. Die Maßnahmen – nach Wahl des Auftragnehmers Reparatur, Nachrüstung oder Austausch – sind ungeachtet einer tatsächlichen Mangelhaftigkeit auf sämtliche Hardware-Komponenten anzuwenden, die denjenigen entsprechen, bei denen der Serienfehler aufgetreten ist. Ein Serienfehler ist ein

wiederkehrender, identischer Fehler in einem oder mehreren Bauteilen einer Hardware-Komponente, der innerhalb von drei (3) Monaten bei mehr als 10 % der an den Auftraggeber gelieferten Hardware-Komponenten auftritt.

- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, spätestens im Zeitpunkt der Abnahme des IDBT-Gesamtsystems eine Gewährleistungsbürgschaft i. H. v. 10 % der auf die Hardware-Komponenten entfallenden Gesamtvergütung von einer in Deutschland tätigen europäischen Großbank oder Versicherung beizubringen.
- (5) Der Auftragnehmer hat über den Gewährleistungszeitraum hinaus durch das Vorhalten von Ersatzteilen oder (abwärts-)kompatibler Alternativen sämtlicher Hardware-Komponenten, Bauteile und Zubehör eine Produktverfügbarkeit von wenigstens 10 Jahren sicherzustellen.

6. Abschnitt: Beendigung des Vertrags

§ 43 Vorzeitige Beendigung des Vertrages, Kündigung aus wichtigem Grund, Rücktritt

- (1) Die ordentliche Kündigung ist ausgeschlossen.
- (2) Der Vertrag kann von beiden Teilen aus wichtigem Grund gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem kündigenden Teil unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann. Das ist insbesondere der Fall, wenn
 - 1. die jeweils andere Partei wesentliche Vertragsbestimmungen verletzt und die Verletzung auch nach schriftlicher Aufforderung nicht innerhalb angemessener Frist von in der Regel zwei Wochen abgestellt wird. Ist der abmahnenden Partei ein Abwarten von zwei Wochen nicht zumutbar, kann der Zeitraum auch kürzer sein bzw. ein Abwarten ganz entfallen; eine Unterschreitung der Anforderungen der Systemverfügbarkeit gilt nur dann als wesentlich, wenn der Auftraggeber aufgrund der Unterschreitung auch zur Minderung berechtigt wäre.
 - 2. das Vermögen der jeweils anderen Partei eine wesentliche Verschlechterung erfährt und die betroffene Partei somit nicht mehr in der Lage ist, ihren vertraglichen Verpflichtungen aus diesem Vertrag nachzukommen.
 - 3. Für den Auftraggeber liegt ein wichtiger Grund auch in den folgenden Fällen vor:

- Wenn der Auftragnehmer wiederholt und trotz angemessener Fristsetzung durch den Auftraggeber nicht in der Lage ist, einen Mangel/Störung der Kategorie *Blocker* oder *Kritisch* oder eine Vielzahl von Mängeln/Störungen der Kategorie *Major*, die sich wie ein Mangel der Kategorie *Blocker* oder *Kritisch* auswirken, zu beheben.
 - Wenn die Obergrenze für Vertragsstrafen gemäß § 18 Abs. (4) erreicht wird.
 - Wenn während der Betriebsphase (vgl. 4. Abschnitt) ein erheblicher Mangel i. S. d. § 17 Abs. (3) auftritt und nicht binnen einer Woche nach Kenntnisnahme durch den Auftragnehmer behoben wird.
- (3) Eine außerordentliche Kündigung erfolgt mit sofortiger Wirkung, sofern der Kündigende keinen abweichenden Beendigungstermin vorgibt.
- (4) Führt eine Vertragspartei schuldhaft eine Situation herbei, welche zur außerordentlichen Kündigung durch die andere Vertragspartei führt, hat erstere auf Verlangen daneben der anderen Partei den durch die Kündigung entstehenden Schaden zu ersetzen.
- (5) Die Kündigung hat in Schriftform zu erfolgen.
- (6) Im Falle einer fristlosen Kündigung ergreift der Auftragnehmer alle notwendigen Maßnahmen, um
1. dem Auftraggeber (und den Verkehrsunternehmen) die ununterbrochene Fortführung eines den hiesigen Vergabeunterlagen vergleichbaren IDBT-Gesamtsystems und
 2. den Verkehrsunternehmen die ununterbrochene Fortführung des Ticketverkaufs und der Ticketkontrolle
- zu ermöglichen. Finanzielle Schäden, die der Auftraggeber aus der vorzeitigen Beendigung aufgrund dieses Vertrages entstehen, trägt der Auftragnehmer, soweit dieser den Kündigungsgrund zu vertreten hat.
- (7) Ist der Auftragnehmer mit seinen Leistungen mehr als zwei Monate in Verzug, darf der Auftraggeber bis zur Abnahme des IDBT-Gesamtsystems nach Fristsetzung von einem weiteren Monat von dem Vertrag zurücktreten. Anschließend ist das Recht zum Rücktritt auf den noch nicht abgenommenen Leistungsteil beschränkt und die Auftraggeber können wählen, ob sie den Vertrag im Übrigen kündigen oder fortführen wollen. Für den Rücktritt gelten die Absätze (4), (5) und (6) entsprechend.

§ 44 Pflichten bei und nach Beendigung des Vertrags

- (1) Zum Zeitpunkt der Beendigung des Vertragsverhältnisses, stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle beim Betrieb angefallenen und bis zu diesem Zeitpunkt beim Auftragnehmer gespeicherten Daten in einem strukturierten, gängigen, maschinenlesbaren und für den Auftraggeber interpretierbaren bzw. weiterverwendbaren Format auf üblichen Datenträgern bereit.
- (2) Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, zur Abwicklung dieses Vertragsverhältnisses sowie zur Fortführung des vertragsgegenständlichen Verkehrs mit einem anderen Auftragnehmer oder durch den Auftraggeber mit einem Dritten oder mit dem Auftraggeber nach Weisung des Auftraggebers zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit ist beschränkt auf
 1. die Übermittlung von Daten, soweit dies im Einzelfall erforderlich ist,
 2. die Übermittlung sonstiger den Auftraggeber betreffenden Daten, soweit es sich nicht um Geschäftsgeheimnisse des Auftragnehmers handelt,
 3. die Unterweisung der Mitarbeiter des Dritten in die Verhältnisse des Auftraggebers.

Diese Zusammenarbeit ist kostenfrei zu erbringen. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Beendigung nicht zu vertreten hat. In diesem Fall wird sie gesondert nach Aufwand vergütet; § 12 Abs. (4) und (5) gelten entsprechend.

- (3) Die Absätze (1) und (2) gelten entsprechend für Verkehrsunternehmen mit der Maßgabe, dass eine etwaig geschuldete Vergütung vom Verkehrsunternehmen geschuldet wird.
- (4) Soweit der Auftraggeber nichts anderes bestimmt, muss der Auftragnehmer die relevanten Daten so lange vorhalten, dass die vorstehenden Rechte noch mindestens drei Monate nach Vertragsbeendigung ausgeübt werden können

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 45 Leistungsbestimmungsrecht des Auftraggebers

Für Leistungen, die nach diesem Vertrag oder den übrigen Vergabeunterlagen zwischen den Parteien noch abgestimmt werden müssen, steht dem Auftraggeber im Falle einer fehlenden Einigung ein Leistungsbestimmungsrecht nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) zu.

§ 46 Zurückbehaltungsrechte

Soweit in diesem Vertrag nicht ausdrücklich etwas anderes geregelt ist, sind Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrunde liegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt. Dies gilt sowohl für Fragen der Leistungserbringung des Auftragnehmers gilt als auch für die Daten des Auftraggebers, die in Systemen des Auftragnehmers gespeichert sind.

§ 47 Vertrauliche Informationen

- (1) Im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien gegebenenfalls Kenntnis über vertrauliche Informationen der jeweils anderen Partei erlangen. Unter den Begriff der „vertraulichen Informationen“ fallen alle technischen und kaufmännischen Informationen hinsichtlich Produkten, Herstellungsprozessen, Knowhow, Erfindungen, geschäftliche Beziehungen, Geschäftsstrategien, Businesspläne, Finanzplanung, Personalangelegenheiten sowie Daten der offenbarenden Partei, (ob schriftlich, elektronisch, mündlich, digital verkörpert oder in anderer Form) insbesondere solche, die als Geschäftsgeheimnis gekennzeichnet sind.
- (2) Die Vertragsparteien verpflichten sich gegenseitig:
 1. die vertraulichen Informationen geheim zu halten und nur im Zusammenhang mit dem Vertragszweck zu verwenden, sie insbesondere nicht unbefugt an Dritte weiterzugeben oder sie Dritten anderweitig zur Verfügung zu stellen und sie auch nicht unbefugt für eigene Geschäftszwecke zu verwerten;
 2. von den vertraulichen Informationen nur in dem Umfang Vervielfältigungen anzufertigen, der zur Durchführung des Projektes notwendig ist;
 3. zum Schutz der vertraulichen Informationen angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen im Sinne des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen zu treffen;
 4. diese Geheimhaltungspflichten Mitarbeitern und beauftragten Dritten, die mit den vertraulichen Informationen in Kontakt kommen, aufzuerlegen und diese auf Verlangen der offenbarenden Partei nachzuweisen;
 5. nur vertrauensvollen und sorgfältig ausgewählten Mitarbeitern und zulässigerweise beauftragten Dritten Zugang zu den vertraulichen Informationen zu gewähren und ihnen nur solche Informationen zugänglich zu machen, die sie zur Erfüllung ihrer jeweils konkreten Aufgabe zwingend benötigen.

Obige Verpflichtungen gelten gleichermaßen für vor Vertragsschluss erhaltene und als solche ausdrücklich bezeichnete vertrauliche Informationen.

- (3) Sofern eine Partei aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung oder einer rechtmäßigen behördlichen oder gerichtlichen Anordnung verpflichtet ist, die von der anderen Partei erhaltenen vertraulichen Informationen offen zu legen, wird sie die offenbarende Partei darüber unverzüglich schriftlich per Telefax oder in Textform per E-Mail unterrichten und diese auf Anfrage dabei unterstützen, die vertraulichen Informationen bestmöglich vor der Offenlegung zu schützen oder gerichtlich schützen zu lassen.
- (4) Die Vertragsparteien werden sich unverzüglich gegenseitig informieren, wenn sie, ihre Organe, Mitarbeiter oder Berater Kenntnis davon erlangen, dass vertrauliche Informationen unter Verstoß gegen diese Vereinbarung weitergegeben wurden.
- (5) Die Geheimhaltungspflicht endet nach einer Frist von 3 Jahren nach dem Ende dieses Vertrages. Die Vertragsparteien werden diese Verpflichtung auch ihren Mitarbeitern auferlegen.
- (6) Die Geheimhaltungspflicht gilt nicht für Informationen, die
 1. der anderen Partei bereits außerhalb des Vertragsverhältnisses vorbekannt waren;
 2. rechtmäßig von Dritten erworben wurden;
 3. allgemein bekannt oder Stand der Technik sind oder werden;
 4. von der abgebenden Vertragspartei freigegeben werden;
 5. sonstige Verwendungen und Weitergaben, die nach diesem Vertrag oder der Leistungsbeschreibung ausdrücklich zugelassen oder vorausgesetzt werden.
- (7) Nach Beendigung dieses Vertragsverhältnisses haben die Vertragsparteien alle geheimhaltungsbedürftigen Unterlagen und Informationen unaufgefordert zurückzugeben oder auf Wunsch der ausgebenden Partei zu vernichten und hierüber einen Nachweis zu erbringen.
- (8) Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend zugunsten der Verkehrsunternehmen.

§ 48 Höhere Gewalt

- (1) Soweit für eine Vertragspartei oder für beide Vertragsparteien die Durchführung des Vertragsverhältnisses nach den „für den Normalfall“ vereinbarten Regelungen aufgrund höherer Gewalt temporär nicht zumutbar sein sollte, haben sich

die Vertragsparteien über eine entsprechend zeitlich und sachlich begrenzte Vertragsanpassung zu verständigen. Die Vertragsanpassung hat sich auf das für die Behebung der durch den Fall höherer Gewalt bewirkten Störung des Vertragsgleichgewichts Erforderliche zu beschränken. Als höhere Gewalt im vorgenannten Sinne sind außerhalb der Kontrolle bzw. der (Risiko-)Sphäre der Vertragsparteien liegende Ereignisse anzusehen, die die Leistungserbringung unmittelbar (z. B. in Hinblick auf deren rechtliche oder tatsächliche Durchführbarkeit) oder mittelbar (z. B. im Hinblick auf deren wirtschaftlichen Wert) beeinträchtigen; hierzu gehören insbesondere Naturkatastrophen und Pandemien bzw. Epidemien, nicht aber Streiks.

- (2) Ist eine für beide Vertragsparteien zumutbare Anpassung nicht möglich, bleibt das Recht auf vorzeitige Kündigung des Vertrages aus einem wichtigen Grund unberührt.

§ 49 Salvatorische Klausel, Schriftformerfordernis, AGB des Auftragnehmers, Gerichtsstand

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder aus tatsächlichen oder Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung des Vertrages für einen der Vertragspartner insgesamt unzumutbar wird, werden dadurch die übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht berührt. Das Gleiche gilt auch, wenn einzelne Bestimmungen nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden oder falls sich eine Regelungslücke im Vertrag zeigen sollte. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung oder zur Auffüllung der Regelungslücke ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Vertragspartnern angestrebten Zweck am nächsten kommt.
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.
- (3) Änderungen, Ergänzungen und Zusätze zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung dieses Schriftformerfordernisses.
- (4) Dieser Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Verweisungen auf ausländisches Recht sind ausgeschlossen. UN-Kaufrecht ist ausgeschlossen. Gerichtsstand für alle Ansprüche ist Regensburg.

§ 50 Änderungen an den gesellschaftsrechtlichen Verhältnissen, Haftung der Rechtsnachfolger

- (1) Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber alle wesentlichen Änderungen seiner gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse mit, soweit diese auf die Vertragsdurchführung Auswirkungen haben können. Dies gilt insbesondere für Änderungen des haftenden Kapitals, Gewinnabführungs-, Beherrschungs- und Konzerneingliederungsverträge.
- (2) Die Vertragsparteien haben sicherzustellen, dass für die Erfüllung aller vertraglichen Pflichten auch die jeweiligen Rechtsnachfolger uneingeschränkt haften.

§ 51 Abtretung von Rechten, Eintritt in Pflichten durch Dritte

- (1) Der Auftraggeber hat während der Vertragslaufzeit das Recht Dritte in alle vertraglichen Rechte und Pflichten eintreten zu lassen.
- (2) Die Abtretung von Rechten oder Ansprüchen des Auftragnehmers nach diesem Vertrag ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Auftraggeber wird die Zustimmung für eine Abtretung an verbundene Unternehmen des Auftragnehmers im Sinne von §§ 15 ff. AktG erteilen, im Übrigen darf er diese Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. Das Abtretungsverbot gilt nicht für Geldforderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber, soweit dieser eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.